

LES
SACRIFIÉS

Bulletin mensuel de la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force

**Congrès National
1974**



JUSTICE

**Aux Victimes du Nazisme
Enrôlées de Force**

N° 3-4. 1974

13e année

Prix: 10.- frs. lux.

Abonnement: 80.- frs

Fédération:
9, rue du Fort Elisabeth
Luxembourg

„Mir gin hinnen op de Wecker!“

Nach dem Staatsbesuch des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschlands hier in Luxemburg (27. - 29. November 1973) ist es merkwürdig still geworden. Es war ganz sicher der eigenartigste Staatsbesuch, den wir und wohl alle unsere luxemburgischen Vorfahren erlebten. Und der Nachwelt wird er auch als eine komische Eigenart erhalten bleiben. Niemand wird ihm den Stempel nehmen, der ihm aufgedrückt worden ist.

Der Besuch des westdeutschen Staatsoberhauptes in Luxemburg war verfrüht. Er fand statt, weil unsere Regierung in Bonn erklären ließ, sie habe ihre Bedenken dagegen fallen lassen. Das war eine offensichtliche Fehleinschätzung der Wirklichkeit. Diesem Staatsbesuch stand die auch heute noch anhängige Streitsache zwischen unsern beiden Staaten im Wege.

Im Nachhinein ist es jedem klar geworden, daß, entgegen den Beteuerungen und Behauptungen unsrer Staats- und Außenminister, die das Volk glauben lassen wollten, gerade durch diesen Staatsbesuch wäre erst eine wirkliche Möglichkeit gegeben mit den Deutschen ins Gespräch zu kommen und eine Regelung der Entschädigungsfrage herbeizuführen, nichts dergleichen geschah und nichts erreicht worden ist. Herr Heinemann und Herr Walter Scheel gingen und ließen ihren Gastgebern das Nachsehen: Letztere stehen mit leeren Händen da!

Hier muß man unbedingt weitere Ueberlegungen anflechten, die kaum oder gar nicht in Betracht gezogen werden, oder geflissentlich übersehen werden. Zu bedenken bleibt die überaus fragwürdige wie unverständliche Haltung der einzelnen Bundesregierungen gegenüber dem kleinen EG-Partner Luxemburg, der Schadenersatz fordert als Reparation begangener Kriegsverbrechen und Verstöße gegen internationales Recht. Seitdem die DDR vom luxemburgischen Staate offiziell anerkannt worden ist, muß auch des östlichen, zweiten Deutschlands Regierung mit einbezogen werden. Steht eine offizielle Stellungnahme letzterer zu Wiedergutmachungsforderungen noch aus, so weiß man umso mehr über diejenige der BRD, die sich beharrlich und hartnäckig weigert den luxemburgischen Staat für das im letzten Krieg an seiner Jugend begangene, völkerrechtswidrige Verbrechen zu entschädigen. Merkwürdigerweise läßt die Bundesrepublik zur Zeit den östlichen Ländern auf indirektem Weg gewaltige Reparationsleistungen zukommen, derweil dieselben maßgeblichen Politiker in Bonn sich auf das Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar 1953 berufen, um so eine fällige Regelung unseres Schadens bis zum Friedensvertrag hinauszuschieben.

Also ist festzuhalten: Das Großdeutsche Reich stürzte Europa und beinahe die ganze Welt in einen mörderischen und niederträchtigen

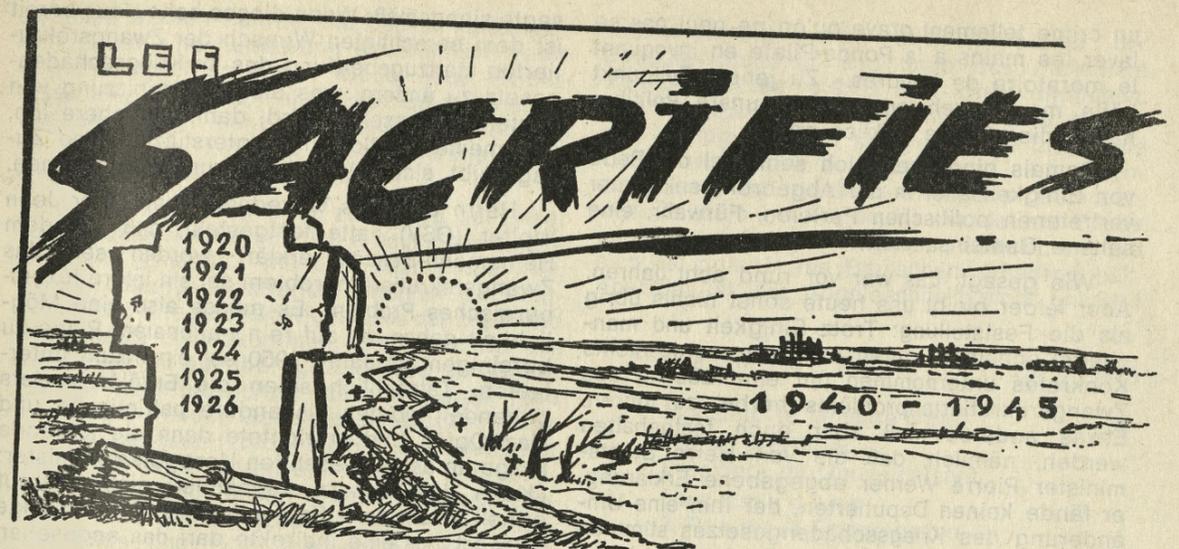
gen Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Es verlor ihn und kapitulierte bedingungslos. Angesichts des heute noch immer ausstehenden Friedensvertrags (ob es überhaupt jemals einen solchen geben wird?) befinden wir uns gewissermaßen noch immer in einer sogenannten Uebergangsperiode vom Krieg zum Frieden. Dieser eigenartige Zustand dauert nun beinahe dreißig Jahre lang. Ein Provisorium, das zu beenden, der Zeitpunkt längst fällig ist. Das umso mehr, als die wirtschaftliche, finanzielle, inner- und außenpolitische Lage der heutigen Deutschlande sich radikal zu ihren Gunsten und wohl auch — so möchten wir annehmen — der ganzen Welt entwickelt hat.

Wenig imponiert uns allerdings die Ueberheblichkeit und das schrankenlose Selbstbewußtsein der Bürger beider deutschen Staaten. Angesichts des einst Gewesenen und des bis zur Stunde Unterbliebenen, nimmt es nicht sonderlich Wunder, wenn wir in den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs die einstigen Unterdrücker sehen, welche sich weigern ihr Unrecht zu reparieren. Für uns bedeuten sie genau das Gleiche, was die «Ugly Japanese» für die «Vereinigten Südasiatischen Nationen» darstellen. Eine Parallele: Dem unschuldigen japanischen Premier Tanaka ward ein ähnlicher, wenn nicht gar ein heißerer Empfang in jenen Staaten gegeben, wie ihn der ebenso unschuldige Bundespräsident Gustav Heinemann in Luxemburg erlebt hat. Ebenso wenig wie Tanaka die Völker der besuchten asiatischen Länder überzeugen konnte, genau so wenig überzeugte uns Herr Heinemann in Luxemburg. Seit dem 29. November vergangenen Jahres hat sich nichts ereignet. Niemand hat erfahren, welche von den in Aussicht gestellten Schritten unternommen worden sind um das «Problem» zu bereinigen.

Ueberaus befremdend ist besonders das, was sich mit der sogenannten «Oeffnung nach Osten in der Bundesrepublik Deutschland angebahnt hat. Uns stimmt es von vornherein allemal recht skeptisch, wenn die Deutschen ihrem «Drang nach Osten» freien Lauf lassen. Die Vergangenheit hat uns in dieser Hinsicht so manches Unerfreuliche gelehrt.

Bekannt ist die Tatsache, daß die Ostblock-Staaten das Londoner Schuldenabkommen nicht unterzeichnet haben. Wie nicht anders zu erwarten war, knüpften die Oststaaten, mit denen die Bundesregierung Verträge abschloß, massive finanzielle Forderungen an. Nachträglich geht allgemein die Rede von «langfristigen Krediten» und «Entwicklungshilfen», welche die Bundesregierung leistet, die aber wahrheitsgemäß Wiedergutmachungsleistungen oder Reparationen heißen sollten. Empört weisen die derzeitigen Bonner Politiker jede Meldung zurück, nach

(Fortsetzung auf Seite 8)



Tirage 10 000

Aus dem Inhalt

- Das ein Vierteljahrhundert alte Problem
- «Mir gin hinnen op de Wecker!»
- Pensionszulage im Falle frühzeitiger Invalidität oder Todes...
- XVe Congrès National de l'Assoc. des E.F.V.N. à Hollerich.
- «Ein Staatsbesuch aus L.P.P.D.-Sicht»
- «Sie boten Trotz» von Henri Koch - Kent
- 18. Generalversammlung der L.L.M.I.G. 190 - 1945

Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlés de Force, Association sans but lucratif.
Siège: Luxembourg, 9, rue du Fort-Ellisabeth. — Boîte postale 2415 Luxembourg-Gare

CCP 313-29
Rédaction du bulletin mensuel «Les Sacrifiés», Luxembourg, 9, rue du Fort-Ellisabeth, Boîte postale 2415 — Luxembourg-Gare

Service social aux Enrôlés de Force, 9, rue du Fort-Ellisabeth, Luxembourg-Gare.
Tél.: 48 32 32

Fonds d'Action CCP 210-49
La Fédération représente:
l'Association des Parents des Déportés Militaires Luxembourgeois, Secrétariat: 21, rue du Fossé, Luxembourg C. C. P. 59-02 ● la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945, Boîte postale 382 — Luxembourg-Ville, C. C. P. 286-33 ● l'Amicale des Anciens de Tambow, Secrétariat: Kleinbettingen, 12, rue de la Gare, C.C.P. 240-07 ● l'Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme, Secrétariat: Luxembourg, 9, rue du Fort-Ellisabeth, Boîte postale 2415 — Luxembourg-Gare, C.C.P. 313-24

Imprimerie Hermann, Luxembourg

Das ein Vierteljahrhundert alte Problem

Fünfundzwanzig Jahre genügten nicht um es zu lösen!

In der letzten Nummer unsres Bülletins hatten wir die alte (um nicht zu sagen die uralte) Forderung erhoben (zum so und so vielzigsten Male übrigens!), die Regierung und das Parlament sollten endlich die überaus demütigende Diskriminierung aus der Welt schaffen, die im luxemburgischen Kriegsschädengesetz, damals, im Jahre 1950, für die Nachwelt verankert wurde, und wodurch die Zwangsrekrutierten zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt wurden. Das wurde und wird von unserer Generation als eine unerträgliche Ehrabschneiderei empfunden. Es stellt den eigentlichen Kern dessen dar, was allgemein mit **Zwangsrekrutiertenproblem** bezeichnet wird.

Und dieses Zwangsrekrutiertenproblem wiederum wurde in der denkwürdigen Sitzung unseres Parlamentes vom 29. März 1966 zum nationalen Problem von internationaler Bedeutung und Tragweite erklärt. Herr Eugène Schaus, damaliger DP-Abgeordneter, heutiger DP-Minister, schloß an besagtem Tag seine Intervention vor dem Plenum der Abgeordnetenkammer mit den Sätzen: «C'est une cause nationale. Donnez à cette **cause nationale** une solution nationale en agissant vite et en agissant promptement.»

Uns klingen die Erklärungen von damals noch recht deutlich in den Ohren. Es waren schöne Worte. Zu schön um wahr zu sein. Nach dem was darauf erfolgte, darf man wohl fragen. Die enttäuschende Antwort darauf lautet: NICHTS!

Dennoch schien vor acht Jahren so vieles ganz anders gewesen zu sein als heute. So brachte beispielsweise Herr Tony Biever (CSV) die Meinung zum Ausdruck, die einzige Möglichkeit die unsere kleinen Lande verbliebe, sei einen internationalen Schiedsspruch zum Problem der Zwangseinziehung herbeizuführen. «Si non à tout jamais, le problème juridique restera à l'état de controverse et ne trouvera jamais un jugement objectif.» Für ihn war die Zwangseinziehung der luxemburgischen Jugend «un des plus grands crimes nazis commis envers notre jeunesse,

un crime tellement grave qu'on ne peut pas se laver les mains à la Ponce-Pilate en invoquant le moratoire de Londres.» Zu jenem Zeitpunkt hätte man annehmen können, unsre Politiker hätten die «Sache wirklich erfaßt».

Damals ging aber auch sehr viel die Rede von Einigkeit aller in der Abgeordneten-kammer vertretenen politischen Parteien. Fürwahr, eine seltene Gemeinsamkeit!

Wie gesagt, das war vor rund acht Jahren. Aber leider bleibt uns heute sonst nichts übrig als die Feststellung: Trotz Einigkeit und mancherlei scheinbar guten Ansätzen wurde nichts Konkretes unternommen um eine Lösung des Zwangsrekrutiertenproblems herbei zu führen. Etwas anderes muß aber auch festgehalten werden, nämlich, daß die von Herrn Staatsminister Pierre Werner abgegebene Erklärung, er fände keinen Abgeordneten, der ihm eine Umänderung des Kriegsschädengesetzes stimmen würde, nicht möglich, oder bestenfalls kaum möglich gewesen wäre. Aber damals ging es um das berühmte berühmte brutale Bonner NEIN.

Doch je länger eine Angelegenheit wie die unsrige anhängig bleibt, sich keine Lösung abzeichnet, umso verdrießlicher werden alle, die damit zu tun haben oder deretwegen angesprochen werden. Ungleiche Auffassungen und gegenteilige Meinungen prallen mitunter scharf und hart aufeinander, und in den unvermeidbaren Auseinandersetzungen kommt es unweigerlich zu unerfreulichen Aeußerungen und Reduellen, wobei Haare gelassen werden. Anstatt Spannungen abzubauen, wachsen sie weiter und werden für alle Beteiligten bis zum Unerträglichen gesteigert.

Außerst erstaunt sind wir Zwangsrekrutierte allerdings über eine Aeußerung des Herrn Staatsministers gewesen, die er am 14. September 1973 einer Delegation unsres Föderationsvorstandes gegenüber tat, als er erneut angesprochen und gebeten worden war die Diskriminierung, so wie sie im luxemburgischen Kriegsschädengesetz enthalten ist, zu beseitigen, — sie ist die größte Beleidigung, die den Zwangsrekrutierten angetan wurde — sagte: «Nén, ech änneren näischt um Dommages-de-guerre's-Gesetz! E'schtens: hun ech et net gemaat, an zwéters: fannen ech haut kén Deputéierten, dén mir eng Aennerung stömmé géing!»

Dass die Abgeordneten ihre Meinung so radikal in nur wenigen Jahren geändert haben sollten, schien uns als nicht glaubhaft. Das Gegenteil wurde zur Genüge bewiesen, anlässlich der Debatten über das Gesetz, womit ein Zuschuß zur Pension gewährt wird im Falle frühzeitiger Pensionierung oder frühzeitigen Todes der Nazi-Opfer. Jedenfalls sind wir die Letzten, die all das, was kürzlich im Parlament gesagt wurde als hypokritisches Vorwahlmanöver ansehen. Wir sehen das, was zum Beispiel der Deputierte Paul Elvinger (DP) zum Schluß seiner Intervention am 7. März 1974 in der Kammer sagte, nicht als eine nichtssagende, in die Luft gesprochene Aussage an. Herr Elvinger

sagte sinngemäß: Wenn dieses hohe Haus bereit ist dem berechtigten Wunsch der Zwangsrekrutierten stattzugeben und das im Kriegsschädengesetz zu ändern, was als Diskriminierung von letzteren angesehen wird, dann versichere ich, daß meine Fraktion ihre Unterstützung und Zusage gibt, eine solche Aenderung vorzunehmen.

Herrn Elvings Vorredner, Deputierter Jean Wolter (CSV) hatte festgestellt, daß vor dem Heinemann-Besuch erklärt worden sei, das Zwangsrekrutiertenproblem sei ein intern luxemburgisches Problem. Es müsse also eine Möglichkeit geben, es auf rein nationalem Plane zu bereinigen. Im Jahre 1950 sei ein Irrtum unterlaufen. Tatsächlich seien die Enrôlés anders behandelt worden als andere patriotische und Nazi-Opfer. Und er richtete dann die folgende Frage an den abwesenden Herrn Staatsminister: «Kann daat Gesetz emgeännert gin?» Darauf erhielt er am darauffolgenden Tag keine direkte Antwort. Als eine indirekte darf das angesehen werden, was der Herr Staatsminister ausführte, als er zu einem kommunistischen Besserungsantrag zum vorhin erwähnten Gesetz für frühzeitige Pension Stellung bezog. Bevor er die Kammer bat den Antrag der Kommunisten abzulehnen, las er, unter anderen Ausführungen, jenen Brief vor, den er unserer Föderation am 28. Mai 1970 hatte zukommen lassen. Darin wendete er sich entschieden gegen eine Abänderung des Kriegsschädengesetzes. Also vorläufig keine Lösung auf rein nationalem Plane.

Aber wir geben deswegen nicht auf! Hätten wir das beim ersten Mal getan, hätten wir uns nicht einmal konstituiert, wäre unsre große Organisation niemals zustande gekommen. Eine Möglichkeit das Kriegsschädengesetz so zu ändern, daß den Zwangsrekrutierten Genugtuung gegeben wird, gibt es durchaus. Man darf aber auch die Frage stellen: Wer möchte denn schon auf ewige Zeiten im bedauerlichen Irrtum verharren? Oder, wer wäre so borniert, einen Fehler nicht redressieren zu wollen, den er nachträglich eingesehen hat? Wer sich dem verschließen würde, gäbe den Deutschen recht darin, daß sie sich weigern das schreckliche Verbrechen wiedergutzumachen, das ihre Landsleute im Namen des deutschen Volkes begangen haben, als sie nämlich die sich nicht eindeutschen lassende Jugend des Großherzogtums Luxemburg auf die wohl niederträchtigste Weise, die man sich denken kann, auszurotten versuchte und sie als Kanonenfutter an ihre unendlich langen Fronten schickten.

Seit einem Vierteljahrhundert versuchen die Verbände der Zwangsrekrutierten — doch leider bisher vergeblich — eine alle Seiten und die Betroffenen im Besonderen zufriedenstellende Lösung herbeizuführen. Vergeblich, weil ihre Vorschläge die bestehenden, einschlägigen aber diskriminierenden Gesetzestexte so abzuändern, daß es nachträglich keine zweierlei Bürger mehr im Staate Luxemburg gibt, und dann die Verfassung wieder respektiert wäre, allesamt kaum beachtet und schon ganz bestimmt abgelehnt worden sind. Einjedes Mal, wenn ange-

nommen werden konnte, die besten Voraussetzungen um eine Aenderung vorzunehmen seien gegeben, tauchten immer wieder neue Hindernisse auf. Wenn man allerdings näher hinsieht, handelt es sich nicht um Hindernisse, sondern im allerbesten Fall um faule Vorwände, das angestrebte Ziel zu vermeiden.

Allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, hat unser Föderationsvorstand kürzlich erneut die Initiative ergriffen, immer nur mit dem bestimmten Ziel, die die Zwangsrekrutierten entehrenden Textstellen des Kriegsschädengesetzes dahingehend umgeändert zu bekommen, daß niemand sie mehr als nicht ebenbürtige Luxemburger weder ansehen noch bezeichnen darf. So wurde denn ein weiterer, neuer Gesetzestext ausgearbeitet. Damit er denauch in der Abgeordneten-kammer deponiert werde, waren die Vertreter der Enrôlés mit den Deputierten Frankie Hansen, Jos. Wolfahrt und Marcel Knauf (LSAP) zusammengekommen und eine ausgiebige Aussprache fand statt. Diese drei Politiker sahen keine Schwierigkeit, ein von den Enrôlés vorbereitetes Gesetzesprojekt zu übernehmen und in der Kammer zu deponieren.

Doch als es dann soweit war, geschah dies nicht, weil, wie uns gesagt wurde, keine Mehrheit innerhalb der LSAP-Fraktion zustande gekommen war. Als Begründung wurde vorgegeben, die Sozialisten rechneten nach den im kommenden Mai fälligen Parlamentswahlen, erneut an der Regierung beteiligt zu sein. Ein Grund weswegen sie sich nicht schon jetzt die Koalitionsverhandlungen mit dem heikelen Problem der Zwangsrekrutierten belasten möchten. Dazu kann man nur sagen: Was sind unsere Links-Sozialisten vorsichtige Optimisten! Doch sehen wir uns einmal näher an, wer außer den vorerwähnten Deputierten, sonst noch für die LSAP in unsrem «Chamber-Gebäude» zu tagen pflegt: Es sind HH. Berg Bernard, Hauptert Joseph, Krier Roger, Vouel Raymond, Van den Bulke René, Hengel René, Wehenkel Antoine, Wilwertz Paul und Abens Victor. Wer von ihnen wohl gegen unsre Vorlage stimmte?

Als dann dieses, unser Unternehmen, wie schon so oft, enttäuschend gescheitert war, verschickten wir unseren Gesetzesvorschlag an alle anderen, übrigen Parteien, die CSV, die DP, die SdP und die KP. Schließlich war es die kommunistische Partei, welche durch ihren Deputierten Jos. Grandgenet am vergangenen 13. März 1973 (Mittwoch) das besagte Gesetzesprojekt in der Kammer einbrachte und dort deponierte. Nun befindet es sich auf dem parlamentarischen Weg. Mehr war vorerst nicht gefragt worden. Was wir den sogenannten bürgerlichen Parteien gegenüber nicht tun brauchen, schulden wir der kommunistischen, nämlich: Dank zu sagen.

In derselben Angelegenheit haben wir dann auch noch ein Schreiben an den Herrn Staatsminister gerichtet. Wir drucken es im Nachfolgenden ab, zusammen mit dem neuen Gesetzesvorschlag. Er trifft den Kern des nun über

fünfundzwanzig Jahre alten Problems der Zwangseinziehung. Und wenn das Parlament sich zum Votum dieses oder eines ähnlichen, gleichwertigen Textes entschließt, wird mit einem Schlag die ganz sicher giftigste Eiterbeule vom Luxemburger Volkskörper auf eine durchaus galante Art und Weise wegoperiert sein werden. Es wäre ein Segen für die Nation. Blicke nur noch, daß unsre Regierung zusieht, wie sie sich bei den Herren Deutschen schadfrei hält. Aber das ist ihre Angelegenheit, nicht unsere!

Fédération des V.N.E.F.

29. 3. 1974

Monsieur le Ministre d'Etat
Pierre WERNER
Président du Gouvernement
Luxembourg
3, Rue de la Congrégation

Monsieur le Ministre d'Etat,

A l'occasion de la visite d'Etat de Monsieur Gustave Heinemann, président de la République fédérale d'Allemagne, vous et Monsieur Gaston Thorn, ministre des Affaires étrangères, avez déclaré devant la Nation que le problème de l'enrôlement forcé constitue un problème typiquement luxembourgeois. La solution de celui-ci ne résiderait donc que sur le plan national.

Or, lors des débats sur le projet de loi portant fixation de suppléments de pension à allouer aux personnes devenues victimes d'actes illégaux de l'occupant en cas d'invalidité ou de décès précoces, vous avez rejeté toute motion tendant à régler sur le plan national le douloureux problème de l'enrôlement forcé. Ainsi par exemple et entre autres la motion des sociaux-démocrates :

« . . . invite le Gouvernement luxembourgeois à entreprendre des efforts supplémentaires en vue d'aboutir à des accords internationaux ainsi qu'à des réformes législatives permettant de régler dans un esprit de conciliation d'une façon définitive les problèmes . . . »

A la question posée par le député Jean Wolter, de savoir, si l'indemnisation des enrôlés de force pouvait maintenant être réglée selon les critères de la loi sur les dommages de guerre ou si le Gouvernement s'attachait, comme par le passé, à sa doctrine de l'indemnisation par l'Allemagne et si cette loi luxembourgeoise pouvait être modifiée, nous n'avons pas pu entendre une réponse de votre part.

Par contre, la motion présentée par la fraction socialiste, modifiée sur votre demande, invite tout simplement le Gouvernement à continuer dans la voie entamée, qui s'est pourtant révélée inefficace! Le ministre des Affaires étrangères ayant échoué dans ses efforts et son homologue Walter Scheel ayant déclaré autant de fois qu'il le pouvait que l'Allemagne fédérale s'oppose à l'indemnisation du Grand-Duché du fait de l'enrôlement forcé.

Souignons néanmoins, qu'en prenant position contre un amendement présenté par la fraction communiste, tendant elle aussi vers une solution du problème en question, vous avez rejeté cette tentative en déclarant que la position du Gouvernement n'a pas changé. Pour étayer votre déclaration, vous avez lu le texte de votre lettre du 28 mai 1970 à notre Fédération, texte qui nous fut rappelé à plusieurs reprises, par exemple lors de nos entrevues avec les délégués de notre organisation le 15 décembre 1972 et, encore, le 14 septembre 1973.

Cela étant, nous devons réitérer notre avis et vous dire que nous ne saurions admettre le statu quo dans cette affaire. D'un côté, votre affirmation que le problème de l'enrôlement forcé et l'indemnisation des victimes de cet abominable crime constitue un problème typiquement luxembourgeois. De l'autre côté, votre refus d'envisager un règlement sur le plan purement national. Pareille attitude, loin d'apaiser les esprits, amplifiera plutôt le sentiment d'une injustice commise envers la génération martyre et aggravera une plaie préjudiciable à la concorde nationale. Personne ne comprendra jamais que le Gouvernement puisse sacrifier cette concorde nationale à d'autres considérations, comme vous, Monsieur le Ministre d'Etat, les étaliez justement dans votre lettre du 28 mai 1970 en disant: «... le Gouvernement éprouve, a fortiori, des hésitations à rouvrir le débat sur la loi des dommages de guerre, alors qu'il est à craindre que des modifications sur un point en entraînent sur de nombreux autres.»

Ne serait-il pas plutôt la pression du Conseil National de la Résistance qui empêche le Gouvernement à redresser une terrible erreur commise en 1950? En effet, au 9^{ème} alinéa de sa lettre du 4 décembre 1970, le Conseil National de la Résistance vous rappelle: «Si toutefois le Gouvernement entend reviser son attitude, nous tenons à l'informer en termes très précis qu'en cas d'une nouvelle modification des dispositions législatives en question, la Résistance aura à présenter des revendications qui n'ont pas encore trouvé leur réalisation.» Cette attitude, qui frise le chantage, nous semble bien peu raisonnable!

Nous, les enrôlés de force, ne pourrions jamais croire que tous les braves Luxembourgeois qui ont risqué leur vie et leurs biens pour nous aider par tous les moyens à leur disposition dans notre calvaire, que tous ces passeurs, tous ces déportés, prisonniers et concentrationnaires, victimes de leur attitude patriotique s'opposent aujourd'hui à ce que justice soit donnée à leurs protégés d'antan.

Dans votre lettre susmentionnée vous rappelez, tout en répétant à chaque occasion vous semblant propice, que votre façon de voir les choses est conforme aux vues de notre Fédération, exprimées au numéro 2 du bulletin mensuel «Les Sacrifiés» de l'année 1967. Ce faisant, vous renvoyez à l'article: «Erste Feststellungen zum neuen Gesetz», où il serait dit que les

revendications des enrôlés de force s'adressent exclusivement à l'Allemagne.

Certes, notre opinion n'a pas changé sur ce point. Mais il ne faut cependant pas confondre notre revendication matérielle envers la République fédérale d'Allemagne, revendication, qui, d'ailleurs, est plutôt celle de l'Etat, de notre Gouvernement, que la nôtre, avec notre autre revendication ayant pour objet de faire disparaître de la loi sur les dommages de guerre la déshonorante discrimination des enrôlés de force. Nous profitons de cette occasion pour vous rappeler qu'aux années 1965 à 1968, nous avons déployé la plus grande part de notre activité dans le seul but de soutenir par tous les moyens le Gouvernement luxembourgeois face à celui de la République fédérale d'Allemagne, récalcitrant et intraitable à tel point qu'il oppose un «non» catégorique et la non-recevabilité aux justes revendications luxembourgeoises. La position de Bonn, hélas, est restée inchangée jusqu'à ce jour!

Nous regrettons vivement que nos intentions honnêtes et sincères soient par après utilisées contre nous et que l'on nous fasse un procès d'intention.

En tant qu'enrôlés de force nos revendications ne peuvent s'adresser qu'aux représentants élus de notre pays. Et seuls nos législateurs peuvent faire disparaître la discrimination, tant morale que matérielle, contenue dans la loi du 25 février 1950. Mais, en tant que citoyens luxembourgeois, les enrôlés de force demandent à leur Gouvernement de récupérer des successeurs du Ille Reich au moins une partie des dépenses engagées par l'Etat luxembourgeois à la suite des préjudices subis du fait de la guerre.

Nous tenons à relever, ensuite, que même si nous acceptons votre point de vue qu'il n'y ait pas de discrimination morale à l'adresse des enrôlés de force dans la loi sur les dommages de guerre (-puisque l'article 43 figure comme les articles 36 et 39c sous le titre II portant l'intitulé «indemnisation pour perte de traitement, salaire ou revenu normal des personnes victimes de leur attitude patriotique et lésées par suite d'une sanction prise par l'ennemi-), nous ne saurions marquer notre accord sur votre version du mode de paiement des indemnités aux enrôlés de force. Vous défendez le choix de ce mode dans l'intérêt de la simplification des travaux administratifs. Or, d'un côté l'établissement de dossiers individuels fut indispensable pour le calcul de l'indemnité de 750 Frs pour chaque période de 3 mois, à ajouter à un forfait, d'un autre côté, ce mode d'opérer était bien irrationnel, vu que le paiement de 1.500 Frs par mois comme prévu à l'article 39c, aurait été d'une exécution facile tout en traitant toutes les victimes sur un pied d'égalité!

Notre Fédération n'a jamais cessé la recherche d'une solution définitive au problème en question. En conséquence, nous venons d'éla-

borer une nouvelle proposition qui se rallie à votre manière de voir, Monsieur le Ministre d'Etat, c'est-à-dire qu'il n'y ait pas de discrimination morale dans la loi sur les dommages de guerre et que seul le côté indemnisation donne lieu à discrimination. Partant de la prémisses que vous êtes intéressé à trouver une solution équitable, nous avons élaboré cette proposition de loi, qui, tout en vous facilitant sa réalisation, nous donnerait satisfaction, et ferait justice une fois pour toute envers la génération martyre. Notre proposition est jointe à la présente.

Pour terminer, nous ne saurions passer sous silence un autre point de votre déclaration, à savoir:

qu'il n'y a pas de fait nouveau sur le problème

des enrôlés de force et que votre Gouvernement n'entend pas changer sa politique des dernières années. Vous n'avez donc pas l'intention de résoudre ce problème, resté en souffrance depuis maintenant 30 ans et qui, en permanence, met en cause la solidarité nationale et risque de perturber les relations internationales. Dans ce cas il ne nous reste plus, nous semble-t-il, que de fonder nos espoirs sur un gouvernement d'une coalition autre que celui de l'heure présente.

Dans l'attente de votre réponse, Monsieur le Ministre d'Etat, nous vous prions d'agréer l'expression de notre parfaite considération.

Raymond Welter
Secrétaire

Jos Weirich
Président

PROPOSITION DE LOI

attribuant aux enrôlés de force l'option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement de la loi du 25. 2. 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre.

Exposé des motifs

La loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre a toujours été ressentie par la «génération sacrifiée» comme une discrimination et une intolérable atteinte à son honneur. Le recul du temps n'a fait qu'am-

plifier le sentiment de cette injustice et aggraver une plaie préjudiciable à la concorde nationale. La présente proposition de loi est destinée à faire oeuvre de justice envers la «génération sacrifiée».

TEXTE DE LA PROPOSITION DE LOI

attribuant aux enrôlés de force l'option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement de la loi du 25. 2. 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre.

la déclaration de leur option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement dans les 3 mois de la mise en vigueur de la présente loi complémentaire.

Article unique.

Article 43 alinéa 4 (nouveau).

Les articles 15 et 43 de la loi du 25. 2. 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre sont complétés par les dispositions suivantes:

Les personnes visées ci-avant aux alinéas 1, 2 et 3 sont autorisées à opter rétroactivement pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement. Au cas où elles auront opté pour cette indemnisation, les sommes leur versées sur la base de la disposition concernant l'indemnisation prévue aux alinéas 1, 2 et 3 du présent article 43 sont à imputer comme avances sur l'indemnisation prévue aux articles 39 à 43 inclusivement.

Article 15 alinéa 3 (nouveau).

Les personnes visées aux alinéas 1, 2, 3 et au nouvel alinéa 4 de l'article 43 devront faire

Texte coordonné

Le texte coordonné des articles 15 et 43 de la loi du 25 février 1950 concernant l'indemnisation des dommages de guerre se présentera comme suit après le vote de la proposition de la loi:

au Bourgmestre du lieu du sinistré. Si le dommage a été subi à l'étranger dans les conditions spécifiées ci-après au titre II ou si le lieu du sinistre est inconnu, elle sera faite au Bourgmestre du dernier domicile dans le Grand-Duché avant le sinistre. Un règlement d'administration publique fixera les modalités de ces déclarations.

Article 15.

Tout sinistré doit sous peine de déchéance faire une déclaration de dommages de guerre

La déclaration devra être faite dans les trois mois de l'entrée en vigueur de la présente loi.

(Loi du...) «Les personnes visées aux alinéas 1, 2, 3 et au nouvel alinéa 4 de l'article 43 devront faire la déclaration de leur option rétroactive pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement dans les 3 mois de la mise en vigueur de la présente loi complémentaire.»

Si l'ayant droit justifie avoir été dans l'impossibilité de faire la déclaration dans le délai fixé ci-avant, il pourra être relevé de la déchéance encourue par le Ministre ayant dans ses attributions les Dommages de Guerre.

Les déclarations faites antérieurement à l'entrée en vigueur de la présente loi peuvent être complétées ou rectifiées jusqu'à l'expiration du délai fixé ci-avant, sinon, elles seront censées avoir été faites pour l'application du présent article dans le dit délai.

Les déclarations frauduleuses ne peuvent plus être rectifiées si l'intéressé a accepté sans réserves un acompte.

Article 43.

Les Luxembourgeois qui sous l'empire de la loi de l'occupant ont été soumis au service militaire forcé, soit qu'ils y aient été effective-

ment astreints, soit qu'ils aient été réfractaires, pour autant qu'ils ne sont pas indemnisables selon les dispositions qui précèdent, ont droit à une indemnité uniforme et forfaitaire de 6.000,- francs pour ceux qui étaient mariés le 10 septembre 1944, augmentée de 1.500,- francs par enfant à leur charge et de 4.000,- francs pour les célibataires.

En cas de décès ou de présomption de décès de ces personnes, l'indemnité passe à leur conjoint, leurs descendants ou ascendants dans la mesure déterminée à l'article précédent.

(Loi du...) «Les personnes visées ci-avant aux alinéas 1, 2 et 3 sont autorisées à opter rétroactivement pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42 inclusivement. Au cas où elles auront opté pour cette indemnisation, les sommes leur versées sur la base de la disposition concernant l'indemnisation prévue aux alinéas 1, 2 et 3 du présent article 43 sont à imputer comme avances sur l'indemnisation prévues aux articles 39 à 42 inclusivement.»

Les personnes visées à l'article 36 sub 7 jouissent de la faculté d'opter, soit pour l'indemnisation prévue aux articles 39 à 42, soit pour celle prévue au présent article.

„Mir gin hinnen op de Wecker“

(Fortsetzung von Seite 2)

denen Wiedergutmachungen an die osteuropäischen Länder geleistet werden sollen. Bundeskanzler Brandt reagierte bisher ungemein sauer, wenn immer dazu befragt. Daß Jugoslawien, Polen, die DDR, die CSSR und die UdSSR faktisch Milliarden DM-Geschenke durch diese langfristigen Kredite und Entwicklungshilfen erhalten, ist eine Tatsache. Einem vertraulichen Papier des Bonner Bundesfinanzministeriums zufolge, wird mit Wiedergutmachungsleistungen in einer Gesamthöhe von 20 bis 25 Milliarden DM an Ostblock-Staaten gerechnet. (Unsere Minister sollten dieserhalb bei den Ostpolitikern in die Lehre gehen. sic.)

Seitdem wir von diesen Bonner Machenschaften wissen, kommt uns das Sich-Verstecken hinter den Londoner Vertrag geradezu lächerlich vor. Und Herr Walter Scheel hängt der Bundesregierung nur ein allzu durchsichtiges rechtliche Mäntelchen um, wenn er uns gegenüber erklärt: «Eins kann man vor allen Dingen sagen, — das müssen die Luxemburger wissen! — wir wollen auf gar keinen Fall mit andern Ländern irgend etwas abschließen, das anders wäre als das, was wir mit Luxemburg vereinbaren können. Also, eine andere Behandlung in dieser Frage zwischen verschiedenen Ländern kann es nicht geben.»

Mit dieser Erklärung macht er allerdings «hoch droben auf seinem gelben Wagen» eine recht schiefe Figur.

Angesichts des Vorangegangenen darf nie-

mand es uns verübeln, wenn wir solche und ähnliche offizielle Erklärungen als unglaubwürdig hinstellen. Wir sehen denn auch das Londoner Schuldenabkommen als nicht mehr gerecht und als längst hinfällig an. Ein Friedensvertrag mit allen fälligen Regelungen drängt sich auf. Und wir fordern, — zu Recht —: Ihr Deutschen bezahlt eure Schulden und repariert die in eurem Namen begangenen Kriegsverbrechen!

Nach dem Heinemann-Besuch haben wir dann aber auch feststellen können, wie empfindlich verschiedene unserer Politiker reagieren bei der bloßen Nennung der Bezeichnung «Enrôlé de force». Volkstümlich ausgedrückt geht wir diesen Herrschaften also «auf den Wecker». Im umgekehrten Sinne dürfen wir unsererseits, ohne zu übertreiben, dasselbe von ihnen behaupten.

Haben wir im Vorangegangenen unsre Auffassung über verschiedene Zusammenhänge mit dem ungelösten Zwangsrekrutiertenproblem dargelegt, so sind wir nicht desto weniger der Auffassung, daß dieses Problem, oder wie es auch immer bezeichnet werden mag, im Grunde genommen nicht unser Problem ist, — es geht uns wohl an, weswegen wir gezwungen sind, uns damit zu befassen, — sondern daß es vielmehr das der luxemburgischen Regierung ist. Es ist ein Produkt der ersten Nachkriegsregierungen, grassierte und wurde zu dem «Problem», das zu lösen und das ein für allemal aus der Welt zu schaffen es nun gilt. Das kann einzig und allein

die luxemburgische Regierung. Sonst niemand. Von dem zuständigen Minister hängt es ab, ob die Zwangsrekrutierten fürderhin weiter noch jemanden auf den «Wecker» gehen oder nicht. So soll denn auch niemand uns Unverständnis

unterschieben. Wir sind die Geschädigten, die Diskriminierten. Wir sind die ihr Recht suchenden Kläger.

s. n.

Pensionszulage im Falle frühzeitiger Invalidität oder frühzeitigen Todes der Opfer illegaler Massnahmen des deutschen Okkupanten.

Am vergangenen 12. März 1974 stimmte die Abgeordnetenkammer mit 49 Stimmen, bei Enthaltung der 5 Stimmen der Kommunisten, die ihr Verhalten bei diesem Votum begründeten mit der ungleichen Behandlung der verschiedenen Kriegsoffer, das Gesetz «portant fixation de suppléments de pension à allouer aux personnes devenues victimes d'actes illégaux de l'occupant en cas d'invalidité ou de décès précoces.» Dieser Abstimmung waren zwei Sitzungen vorausgegangen, und zwar am 6. und 7. März d. J. Um die von der LSAP und der SdP bei selbiger Gelegenheit eingebrachten Motionen zu erledigen, wurde nochmals eine halbe Sitzung beansprucht. Es waren insgesamt 4 Motionen. Die LSAP hatte deren drei eingereicht, die nach einigen Textänderungen von der Regierung angenommen wurden, und eine SdP-Motion wurde abgelehnt, weil, wie Staatsminister Pierre Werner erklärte, darin Änderungen der Gesetzgebung verlangt würden, die zeitlich gesehen in der auslaufenden Legislaturperiode unmöglich durchgeführt werden könnten, und weil er nicht improvisieren und die künftige Regierung nicht binden könne.

Wie unsererseits nicht anders erwartet worden war, wurde dieses Gesetz von allen in der Kammer vertreten Parteien zum Anlaß oft überschwenglicher Redeschwälle an die Adresse der Nazi-Opfer. Meist hatte es mit dem zur Debatte stehenden Gesetz recht wenig zu tun. Bereits im Voraus stand fest, daß die Regierung keine Amendements (Änderungsanträge) annehmen würde. So ging dann das Gesetz über die Bühne, wie die Regierung es eingebracht, es vom Staatsrat begutachtet und vom Rapporteur Paul Elvinger (DP) der Abgeordnetenkammer vorgebracht und zum Votum empfohlen worden war. Weil keine Änderung daran vorgenommen wurde, ward das Gesetz vom zweiten Votum entbunden.

Mit seiner Behauptung, die Regierung habe die Initiative zum vorliegenden Gesetz ergriffen gehabt, hat der Herr Staatsminister absolut Recht. Dieses Gesetz ist das der Regierung. Für manche bringt es Vorteile, für viele andere aber bringt es gar nichts.

Zwischen dem neuen Gesetz und dem Projekt unserer Föderation ist ein himmelweiter Unterschied. Unser Vorschlag (siehe Bulletin «Les Sacrifiés» 2/1972) enthielt zwei wesentliche Teile. Einmal war darin eine vorbeugende Maßnahme und zum andern eine solche, die all

denen eine Hilfe sein sollte, wo ein Vorbeugen längstens zu spät kommt. Wir hätten denn auch viel lieber gesehen, wenn unser Projekt verwirklicht worden wäre, als das der Regierung. Für uns bedeutet das neue Gesetz einen Schritt vorwärts in der Richtung auf das Ziel, das wir anstreben.

Im Laufe der Debatten über das Regierungsprojekt, konnte mit Bestimmtheit das Bedauern mancher Redner festgestellt werden, weil keine Maßnahmen darin vorgesehen sind, womit denen ein frühzeitiges In-den-Ruhestand-treten ermöglicht würde, die nicht unbedingt als Invaliden anzusehen sind. Tatsächlich muß jeder Invalide sein und zwar wenigstens zu 66⅔%. So, oder zumindest so ähnlich, ist es bei den verschiedenen Renten- und Pensionskassen statutarisch festgelegt. Wer sich in der unerfreulichen Lage befindet eine niedrigere Invaliditätsquote zuerkannt zu bekommen als erfordert, der mag zwar so Invalide sein, daß ihm ein Fortsetzen seiner normalen Erwerbstätigkeit kaum noch möglich ist, oder zur Qual wird. Ein Invalide im hier angesprochenen Sinn ist er nicht. Er muß unbedingt weitermachen bis er umkippt. Erst dann hat das neue Gesetz für ihn (wenn noch möglich) einen Wert.

Für diesen Personenkreis hat sich also nichts geändert. Und es stellt sich die Frage, ob der nun festzulegende Invaliditätsgrad nicht vielleicht willkürlich unter diesen 66⅔% gehalten werden wird, um, wie es bereits im «exposé des motifs» heißt, der dem Gesetzesprojekt der Regierung beigefügt war, der «besonderen Lage des Landes im Zusammenhang mit der Knappheit der Arbeitskräfte» Herr zu werden (mit derselben Begründung lehnte der Herr Staatsminister schon am 15. Dezember 1972 unsere Forderung ab, u. z. das Vorverlegen des Pensionsalters um 5 Jahre). Oder hat bereits hier die «großzügige und generöse» Auslegung, so wie es der Herr Staatsminister desöfteren versicherte, ihre Anwendung zu finden? Nachträglich, das heißt nach der Feststellung der absoluten Invalidität des Einzelnen, haben nämlich die Großzügigkeit und die Generosität des Herrn Staatsministers keinen Sinn mehr, — sinken sie zur absoluten Gegenstandslosigkeit ab.

All das war wohlweislich von den Abgeordneten erkannt worden, weshalb auf der Kammertribüne verschiedentlich gesagt wurde, eine Reduzierung des Pensionsalters wäre für alle, deren Gesundheitszustand ausgesprochen

schlecht ist, eine weitaus bessere Lösung gewesen. Ganz unsere Meinung.

Wenn uns dann der Herr Charles Reiffers kommt und uns anhand unsrer eigenen Texte weiß machen möchte, wir hätten mit unserem Projekt kein Herabsetzen des Pensionsalters für die Nazi-Opfer verlangt, dann sehen wir uns gezwungen gegen eine solche Behauptung Stellung zu beziehen und sie zu dementieren. Das geschah bereits am 9. März 1974, u. z. richteten wir folgenden Brief an den Herrn Staatsminister :

Fédération VNEF

9 mars 1974

Monsieur Pierre Werner
Ministre d'Etat
Luxembourg
3, rue de la Congrégation

Monsieur le Ministre d'Etat,

Nous avons eu jeudi, le 7 mars 1974, un entretien avec M. le conseiller du Gouvernement Charles Reiffers au cours duquel celui-ci a prétendu que la Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de force aurait abandonné sa revendication de mise à la retraite anticipée de 5 ans.

A cette affirmation nous opposons un démenti catégorique.

Lors d'une entrevue de notre délégation avec Messieurs les conseillers Welter et Reiffers qui eut lieu le 15. 12. 72, nous avons déjà l'occasion de rappeler nos revendications contenues dans notre proposition de loi du 1er mars 1972 et d'écarter toute fausse interprétation.

A toutes fins utiles nous nous permettons de vous rappeler la proposition de notre Fédération.

Notre Fédération voit dans le projet qui est en discussion ces jours-ci à la Chambre des Députés seulement un premier pas sur le chemin de la réalisation de nos revendications reprises dans sa proposition de loi du 1er mars 1972.

Elle maintient ses autres revendications énumérées dans cette proposition et spécialement:

droit pour les victimes de guerre de prendre la retraite cinq ans avant la limite d'âge prévue dans leur régime de pension afférent avec une bonification de 5 années d'assurance dans la computation du temps pour la pension ou la rente. (Cf. notre proposition de loi, art. 2, b, 1er alinéa).

Il n'y aura pas lieu à paiement de cotisations d'assurance, ni de cotisations sociales, ni de contributions pour les années d'assurance bonifiée (art. 4, ibidem). Les intéressés voulant continuer leur activité professionnelle toucheront tous les avantages de leur pension anticipée fixée d'après notre proposition de loi et indépendamment de leurs gains professionnels résultant de leur continuation d'activité (art. 2, b, 2e alinéa, ibidem).

Nous profitons de la présente pour vous rappeler notre lettre du 14. 12. 73 à laquelle nous

n'avons pas encore reçu de réponse jusqu'à ce jour.

Veuillez agréer, Monsieur le ministre d'Etat, l'expression de notre parfaite considération.

Pour le comité national
Jos Weirich, Président

DAS NEUE GESETZ

Wie bereits erwähnt, wurde das neue Gesetz betreffend frühzeitige Pension am 12. März 1974 von den Abgeordneten gestimmt. Dabei ist uns die Periodizität, d. h. eine Wiederkehr gewisser Ereignisse in bestimmten Zeiträumen, aufgefallen. Nach dem deutsch-luxemburgischen Wiedergutmachungsvertrag, den wir auf den weit besser bekannten Namen «Schandvertrag» taufte, vergingen **7 Jahre**, bis das Gesetz gestimmt wurde, welches verschiedene Maßnahmen zu Gunsten solcher Luxemburger vorsieht, die Opfer illegaler Handlungen des deutschen Okkupanten geworden waren. Genau **7 Jahre** nach diesem Votum hat es wiederum ein Gesetz gegeben, womit eine weitere unserer Forderungen teilweise erfüllt worden ist. Ginge das in Zukunft so weiter, würde man uns nur alle **7 Jahre** eine unserer Forderungen verwirklichen, und dann auch bloß teilweise, so wie in der Vergangenheit gehabt, dann werden wir Zwangsrekrutierte, das sieht ein jeder ein, alle dahingegangen sein, ohne daß der «Génération sacrifiée» Genugtuung widerfahren wäre.

So entmutigend diese Feststellung auch sein mag, sie wird uns nicht hindern der Realität fest ins Auge zu schauen. Besehen wir uns also was das neue Gesetz in sich birgt.

Im Heft «Les Sacrifiés» Nr. 5/1973 hatten wir bereits den vollständigen Text des diesbezüglichen Regierungsprojektes abgedruckt, zusammen mit deren Begründung und Kommentaren zu den verschiedenen Artikeln. An diesem Projekt wurden nur sehr geringfügige Änderungen vorgenommen. Es wurde der Kreis der Personen erweitert, die Opfer illegaler Maßnahmen des Okkupanten wurden, und zwar dürfen auch solche Kriegsoffer ihre Ansprüche auf einen Pensionszusatz bei frühzeitigem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß geltend machen, die von den Deutschen gezwungen worden waren außerhalb des Großherzogtums zu arbeiten. Dann weiter diejenigen, die aus patriotischen, rassischen oder religiösen Gründen in die Unmöglichkeit versetzt worden waren, einen Beruf auszuüben. Miteinbezogen in dieses neue Gesetz wurde auch der Personenkreis, der im Krieg den vor den Deutschen fliehenden Luxemburgern geholfen hat sich deren Zugriff zu entziehen. Schlußendlich wurde vom Gesetzgeber ebenfalls die Juden im neuen Gesetz mit einbezogen.

Weggelassen wurde der bereits von Anfang an beanstandete Artikel 6a), und mit Artikel 10 erhielt Absatz 3 des Artikels 47 des abgeänderten Kriegsschädengesetzes vom 25. Februar

1950 folgende Fassung: «Les rentes allouées en application de l'article 48., lettre A sont suspendues jusqu'à concurrence du montant des pensions de survie servies par les régimes de pension non contributifs, celles allouées en application de l'article 48, lettre B sont suspendues jusqu'à concurrence de la moitié du montant des éléments de pensions de survie à charge des régimes de pension contributifs.»

Das ist alles, was am ursprünglichen, von uns veröffentlichtem Regierungsprojekt geändert worden ist. Bevor wir uns mit dem Gesetz selbst befassen, ist es nicht uninteressant die Stellungnahme des Staatsrates anzusehen. Von dieser hohen Körperschaft wurde das Gesetz am 29. November 1973 avisiert, nachdem es ihr am 13. April 1973 von der Regierung zugeleitet worden war.

In seinem Bescheid schließt sich der Staatsrat dem Gedankengang und den Vorstellungen der Regierung an, welche diese veranlaßten ihr Projekt auszuarbeiten, wie er auch das damit angestrebte Ziel anerkennt. Es handele sich bei diesem Gesetz um einen Akt der nationalen Solidarität und Anerkennung, welche die Reparation des durch die Kriegsoffer erlittenen Schadens mittels öffentlicher Geldmittel darstellt; ein Akt, dem der Staatsrat uneingeschränkt zustimmt. Mit dem, was im «exposé des motifs» der Regierung aufgeführt worden ist, erklärt er sich vollkommen einverstanden.

Die Feststellung der Invalidität erfolgt nach dem im gemeinen Recht vorgesehenen Normen und üblichen Prozedur. Das Frühzeitige der Invalidität oder des Todes wird sich im Vergleich mit dem normalen Alter der Pension feststellen lassen, wie er in den jeweiligen Pensions- oder Rentenregimen bestimmt ist, denen die Interessenten angehören oder versichert gewesen sind. In den meisten Fällen wird dieses Alter 65 Jahre sein.

Die Anwendung der Bestimmungen des neuen Gesetzes wird sehr erleichtert werden, da angenommen wird, der frühe Tod oder die frühe Invalidität seien bedingt durch die von den Kriegsoffer erlittenen Schäden. Dies trifft jedoch nur zu für bestimmte Gruppen von Nutznießer. Bei einigen Opfern wird das nicht zutreffen. Sie werden nachweisen müssen, daß die Ursache ihrer frühzeitigen Invalidität oder sogar des Todes auf Schäden zurückzuführen sind, die sie während der Besatzungszeit als Folge illegaler Akten des Okkupanten erlitten haben.

Der Staatsrat ist sich denn auch der vom medizinischen Standpunkt aus gesehenen Schwierigkeiten bewußt, die ein Beweisen des Gegenteils darstellen. Er nimmt jedoch an, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind. Sie seien allenfalls ungenügend und dürften kein Hindernis sein, um dem vom Projekt vorgezeichneten Weg zu folgen.

Zwischen den zwei Modalitäten der Reparation, die sich dem Gesetzgeber anboten, wählte die Regierung die mehr selektive und basierte ihr Gesetzesprojekt darauf. Die andere Mög-

lichkeit, die der frühzeitigen Pension kurzum, wurde abgewiesen.

Der Staatsrat befürwortet diese Art des Vorgehens. Und das nicht nur, weil ihm die gewählte Lösung als die angemessenste und die den Gegebenheiten am entsprechenste scheint, sondern, und das vor allem, aus dem Grunde weil bei frühzeitiger Pension (z.B. mit sechzig Jahren) das Risiko besteht, das bereits vorhandene Leiden zu verschlimmern. Es sei erwiesen, daß das brutale Einstellen jeglicher beruflichen Aktivität geeignet ist den Prozeß des frühzeitigen Alterns auszulösen, wenn nicht gar zu beschleunigen. Es scheint also angezeigt der Anteilnahme der Kriegsoffer am aktiven Leben kein zu frühes Ende zu setzen. Darüber hinaus habe die gewählte Lösung den Vorteil, bestimmten Mißbräuchen einen Riegel vorzuschieben, die darin bestehen, daß Personen, welche die vom Gesetz erforderten Bedingungen zwar erfüllen, aber nicht von einer frühzeitigen Invalidität befallen, und dann versucht sein würden, ein möglichst frühes «In-den-Ruhestand-treten» dazu auszunutzen, um andersweitiger, lukrativer Beschäftigung nachzugehen. Es sei angezeigt, eine solche Versuchung nicht zu begünstigen, heißt es im Bericht des Staatsrates.

Mit einer Betrachtung der für dieses Projekt erforderlichen finanziellen Mittel, — die genaue Höhe der Ausgaben, die dem Staate aufgrund dieses Gesetzes obliegen werden, sei im Voraus nicht festzustellen — schließt der Staatsrat seine Stellungnahme zum Gesetz und fügt hinzu, diese Ausgaben würden in diesem Falle nicht das Wesentliche darstellen.

Soweit, in Kurzfassung, wie sich der Staatsrat zum neuen Gesetz äußerte.

Was bringt das neue Gesetz?

Das ist die Frage, die sich wohl die meisten unserer Leser stellen werden. Im Nachfolgenden versuchen wir darauf eine möglichst verständliche Antwort zu geben. Vorweg sei klargestellt, und das um mit dem kursierenden Gerücht einer allgemeinen frühzeitigen Pensionierung aufzuräumen, **es handelt sich bei diesem Gesetz nur um einen vom Staat zu gewährenden Zuschuß zur Pension oder zur Rente im Falle frühzeitiger Invalidität oder frühzeitigen Todes.** Auf dieses Gesetz darf also nur derjenige sich berufen und Ansprüche geltend machen, der aus gesundheitlichen Gründen sich gezwungen sieht, aus dem Berufsleben auszuschcheiden, wer ein Invalide ist. Generell wird angenommen, daß dies eine Folge erlittener Gesundheitsschäden ist, die der Einzelne als Opfer illegaler Maßnahmen des deutschen Okkupanten davongetragen hat.

Mit den schon vorhin erwähnten Zusätzen ist der in Frage kommende Personenkreis derselbe, wie er im Artikel 14. des Gesetzes vom 25. Februar 1967 umrissen worden ist, u. z. wie er darin den Buchstaben nach von a) bis g) einschließlich festgelegt ist. Darunter fallen alle Kameradinnen und Kameraden, die zur Wehr-

macht, zum RAD und zu andern, ähnlichen paramilitärischen Einheiten des Dritten Reiches zwangsrekrutiert worden waren, sowie ebenfalls all diejenigen, die sich durch Flucht der Zwangseinziehung entzogen haben. Voraussetzung ist, daß sie Invaliden sind. Den Gegenbeweis, daß die Invalidität keine Folge erlittener Gesundheitsschäden aus der Kriegszeit sind, hat der Staat, mittels seines Kriegsschädenamtes, zu erbringen. In allen Fällen muß die Bedingung einer nachweisbaren Periode von 6 Monaten erfüllt sein, während welcher der Einzelne zwangsrekrutiert, beziehungsweise Refraktär gewesen ist.

Es können aber auch diejenigen von diesem Gesetz profitieren, wenn bei frühzeitiger Invalidität oder frühem Tode sie weniger als 6 Monate zwangsrekrutiert gewesen sind. Allerdings, in diesem Fall müssen sie von sich aus den Beweis erbringen, daß ihr derzeitiger, schlechte Gesundheitszustand eine direkte Folge ist der durch Kriegseinwirkung entstandenen Schäden.

In Artikel 2. heißt es dann: Die Personen, welche die vorerwähnten Bedingungen erfüllen, haben Recht, auf ihre Anfrage hin, auf eine Alterspension oder Altersrente, wie sie ihnen erfallen oder zustehen würde, beim Erreichen des obligatorischen Pensionsalters, wobei dem ausgeübten Beruf und dem Pensionsregime im allgemeinen oder einem etwaigen supplementären Regime, dem der Interessent angehört, Rechnung getragen wird. Die wichtigste Vorbedingung hierzu ist, u. z. in allen Fällen, daß die Invalidität einer jeden Person tatsächlich festgestellt ist, so wie es den bestehenden Regeln nach in dem Pensionsregime, ob beitragspflichtig oder nicht beitragspflichtig, dem sie unterliegt, vorgesehen ist.

Im Todesfall einer Person, welche die Bedingungen des Artikels 1. des neuen Gesetzes erfüllt, wird die Witwen- oder Waisenspension gemäß dem kompetenten Pensionsregime den Rechtsnachfolger gewährt, u. z. in der höchst möglichen erreichbaren Höhe. Um dies zu erreichen, müssen die Rechtsnachfolger (Witwen und Waisen) ein diesbezügliches, persönliches Gesuch einreichen. Ihre Pension, ihre Rente wird nach denselben Kriterien errechnet, wie es für die Alterspension geschieht.

Eine auf diese Art entstehende Vollpension oder Vollrente setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Der Ruhegehaltsempfänger, oder nach seinem Ableben, seine Rechtsnachfolger (Witwen und Waisen) erhalten von ihrer Pensionskasse die Pension, die ihnen aufgrund der geleisteten Dienstjahre zusteht. Der Unterschied (complément différentiel) zwischen dieser niedrigeren Pension und der dem neuen Gesetz nach geschuldeten Vollpension, bezahlt der Staat.

Artikel 4. handelt über die Berechnung des Unterschiedes zwischen der normalen, aufgrund der Dienstzeit fälligen Pension und der Vollpension. In den nicht beitragspflichtigen Pensionsregimen werden zur Bestimmung der Voll-

pension ebenfalls in Betracht gezogen: alle noch fälligen, normalen Gehaltserhöhungen (Biennalen), sowie ebenfalls noch eventuell fällige, normale Beförderungen, wie es in der Dienstlaufbahn des Einzelnen vorgesehen ist. Nicht berücksichtigt werden solche Beförderungen, welche «aux choix des autorités» sind.

Für alle Besoldeten, die bei einem beitragspflichtigen Pensionsregime versichert sind oder waren, dient der Schnitt der 5 besten Jahresverdienste oder, wenn das vorteilhafter sein sollte, der letzte Jahreslohn als Basis zum Festsetzen des vom Staat zu gewährenden Pensionszuschusses.

Zum Errechnen des Pensionszuschusses der freien Berufe (Geschäftsleute, Handwerkermeister, Aerzte, Advokaten, Bauern) werden entweder der Schnitt der einbezahlten Pensionsbeiträge der 5 besten Jahre oder der Beitrag des letzten Jahres in Betracht gezogen, sollte dies für den Pensionsempfänger vorteilhafter sein.

Der vom Staat als Zuschuß zur einfachen Pension bis zur Vollpension gewährte Unterschied wird nicht mehr ausgezahlt oder ist nicht mehr geschuldet:

- wenn bereits besondere Pensionserhöhungen wegen Invalidität oder wegen frühzeitigen Todes gezahlt werden;
- wenn das Maximum der bestehenden Pension oder Altersrente überschritten wird.

Einjeder kann nun mal nur Vollpension oder die Vollrente erhalten.

Keinen Pensionszuschuß wird es geben zu Pensionen oder für den Rückkauf, den Hinterbliebene vornehmen, resp. beziehen, die sich wiederverheiraten.

Die Invalidenrenten oder die Alterspensionen, die vor dem Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes an Personen oder Hinterbliebene gezahlt wurden, werden neu berechnet und zwar von dem Tag an, da dieses Gesetz in Kraft ist. **Um dies zu erreichen, muß jeder ein diesbezügliches, persönliches Gesuch einreichen, u. z. innerhalb einer Frist von zwei Jahren.** Wer sein Gesuch nach dem Erfall dieser Frist präsentiert, für den wird die Neuberechnung seiner Pension oder seiner Rente erst erfolgen ab dem ersten des Monats, der demjenigen folgt, in dem das Gesuch eingereicht worden ist.

Das sind in Kurzfassung die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Gesetzes, die den Einzelnen vorläufig interessieren dürften.

*Imprimerie
Kremer - Muller & Cie*

Esch-sur-Alzette
56, rue des jardins
Téléphone 521 - 85

Imprimés de qualité

XV^e Congrès National de l'Association des Enrôlés de Force Victimes du Nazisme

au Centre Culturel à Hollerich

Rue Emile Lavandier

Dimanche, le 12 mai 1974

- | | |
|--------------|---|
| 9,00 heures | Accueil des invités et des délégués. |
| 9,30 heures | Ouverture du congrès. Allocution de bienvenue du président de la section de la capitale. |
| | Discours du Président national. Rapport moral, les problèmes de la génération martyre, rétrospective et expectative. Discussion au cours de la session de l'après-midi. |
| | Rapport d'activité. |
| 11,00 heures | Remise de rubans aux membres méritants. |
| 11,30 heures | Cérémonie de souvenir devant le Monument aux Morts de Hollerich. Dépôt de fleurs. |
| 12,00 heures | Départ en autocar pour la gare centrale de Luxembourg. |
| 12,30 heures | Déjeuner au restaurant Walsheim. |
| 14,30 heures | Départ en autocar pour le centre culturel de Hollerich. |
| 15,00 heures | Suite du congrès. |
| | — Rapport financier. |
| | — Questions internes et d'organisation. |
| | — Analyse de la situation actuelle. Programme d'avenir. Arrêt de nouvelles directives. |
| | Discussion libre. |
| 18,00 heures | Clôture du congrès 1974. |

PROMENADE - SURPRISE VUN DEN ENROLES DE FORCE DEST JOER ZU USELDENG

D'Komeorden vun der Sektioon Useldeng haaten ze Joer zu Dikkrech d'Wander-Coupe vun der Fédération gewonnen. Den 16. Juni 1974 organisieren eis Useldenger Komeroden d'Promenade-surprise, bei der dann och nés d'Coupe vun der Fédération ausgespillt get. Derniewt sin awer och nach vill aner schéin a wertvoll Preisser ze gewinnen.

Déi Promenade-surprise ass e flotten Fousstour. E bes'che Sport, mais belleiwen kén Léschungssport. Et ass villméi e Rendez-vous vun den Enrôlés an dénen hire Familjen, verbonnen mat ewéineg Divertissement.

Léiw Komerodinnen a Komeroden!

Réservéiert iech den 16. Juni 1974. Den Opruff géht och un all Sektioonscomitéen. Méi Genées iwer d'Réglement vum Concours an d'Zäit vun der Promenade gi mer matzäiten bekannt.

Nettoyage à sec Presto Shop

89, rue de l'Alzette - Tél.: 54 02 34
LAVOIR-BLANCHISSERIE E D E L W E I S
41-43, rue du Claire-Chêne - Tél.: 54 25 42
Dépôts officiels:
Luxembourg - 105, rue Ad. Fischer - Tél.: 48 11 48
Luxembourg - 95, avenue Guillaume - Tél.: 208 27
Luxembourg - 32, rue du Curé - Tél.: 4 19 88
Bettembourg - 4, route d'Esch - Téléphone 51 22 19

O P R U F F .

Wien war den 17. Abröl 1942 no HESSISCH - LICHTENAU (Kassel) an den R A D; Abtlg. 1/225 agezun ginn?

Déi Jongen, déi an déi Abteilong agezun ginn waren, sollen sech esou baal wéi méiglech melden, an zwar beim **Robert Ackermann**, rue des Trévières, 66 Letzeburg Tél. No. 49 05 88 oder beim **Jos. Greischer**, rue Muller-Frommes, 39 Diekirch, Tél. No. 8 05 62.

Sie sollen hir Adress uginn, datt se können kontakte'ert ginn fir en Zesummenkommen, no eso' laanger Zeit, ze organisieren.

«Ein Staatsbesuch aus L.P.P.D. - Sicht»

oder :

Qui s'excuse, s'accuse !

Daß unser «Conseil National de la Résistance» seine eigene Ansicht über den Staatsbesuch von Bundespräsident Heinemann hatte und noch hat, ist sein gutes Recht; daß er dieselbe publizierte, ist genau so sein gutes Recht. Wie es übrigens auch das gleiche gute Recht von uns Zwangsrekrutierten ist, ebenfalls eine eigene, wenn auch andere Ansicht darüber zu haben; und sie ebenfalls zu veröffentlichen!

Wenn die L.P.P.D. diese «Grußadresse des CNR an Bundespräsident Heinemann» in seiner «Rappel»-Nummer 1/2 von 1974 veröffentlicht, so ist das immer noch das gleiche gute Recht dieser Organisation. Wenn aber dann auf den darauffolgenden Seiten (11-14) ein Kommentar erscheint, der zwar den Titel «Ein Staatsbesuch aus L.P.P.D. - Sicht» trägt, seinem Inhalt nach aber eine wahre Rechtfertigung dieser Grußadresse darstellt, dann erhält das Ganze einen sonderbar anmutenden Beigeschmack, der nicht nur daher kommt, daß dieser Kommentator den Zwangsrekrutierten einige Seitenhiebe zu versetzen sucht! Vielmehr wird man — wenn man ein objektiver Leser ist — den Eindruck nicht los, daß hier der L.P.P.D. -Präsident sich vor allem deshalb als Kommentator betätigt, weil eine recht große Masse seiner Mitglieder diese Grußadresse nicht gerade begeistert aufgenommen hatte, wie ihr Verhalten es bei diesem Staatsbesuch bewiesen hat.

Und man kann nicht einmal sagen, daß Herr Ed. Barbel diese Rechtfertigung sehr geschickt führt. Wenn er, zum Beispiel, einerseits M. Hill mit der Studie «L'enseignement de l'Histoire» zitiert, indem er sagt: «... on ne prépare pas la paix en feignant de croire que les guerres n'ont pas eu lieu...», dann sollte er nicht im gleichen Atemzug schreiben: «Wer wen eingeladen und zu welchem Zeitpunkt war auch in diesem Falle nicht unser Problem!» Denn das reimt sich in keiner Weise!

Und nebenbei gefragt: Hatte man am 10. Mai 1940 in diesen Kreisen vielleicht gar die gleiche Ansicht? War es damals vielleicht auch nicht ihr Problem, wer wen «eingeladen» hatte? Dann müssen damals jedenfalls andere Männer die Führung der Resistenz gehabt haben; ansonsten es wohl nicht zum Widerstand gekommen wäre!

Doch lassen wir dieses Problem — für heute — auf sich beruhen. Es gibt noch eine Menge anderer Punkte im Barbel'schen Text, die hervorgehoben werden müssen.

Wenn der L.P.P.D. -Präsident schreibt, es «sollte der Besuch des jetzigen deutschen Staatspräsidenten für uns eine erste offizielle deutsche Bestätigung unserer unangreifbaren Eigenexistenz sein», so müssen wir sagen, daß eine offizielle deutsche Anerkennung und, der

historischen Wahrheit entsprechende Bereinigung unseres Problems eine weit bessere Bestätigung unserer Eigenexistenz darstellen würde. Denn Glaubhaftigkeit und, weit mehr noch, Freundschaft haben ein sauberes, von keinerlei Divergenzen belastetes Verhältnis als Voraussetzung. «... on ne prépare pas la paix en feignant de croire que les guerres n'ont pas eu lieu...»

Und wenn H. Barbel weiter schreibt: «Nicht mit Worten, die der Wind verweht, durch Taten im Augenblick der Gefahr haben die Gemordeten der Resistenz, die dem Tod entwichenen Resistenzler aus Deportation, Gefängnis und KZ den Beweis erbracht, daß sie gegen Unterdrückung und Gewalt aufzustehen imstande waren...», dann sagt er nur die halbe Wahrheit. Denn es gab auch noch andere, die dem Unterdrücker Widerstand leisteten. Ob sie dafür gemordet wurden oder dem Tod entwichen, ist dabei zweitrangig, denn nur die Leistung eines Menschen kann seinen Wert bestimmen, nicht aber die Folgen oder Nicht-Folgen, die sich daraus ergeben. Oder ist H. Barbel etwa der Ansicht, daß ein Luxemburger, der während des Krieges in nicht mehr ganz nüchternem Zustand unsere damals verbotene Nationalhymne oder den «Feierwön» sang, dafür von den Nazis in ein KZ gesteckt wurde und dort umkam, mehr geleistet hat als etwa jener andere, der über Jahre hinweg den Refraktären als Passeur diente, den Nazis jedoch nicht ins Netz ging und deshalb weder gemordet wurde noch dem Tode entwich? Die Antwort dürfte eindeutig sein.

Außerdem gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Luxemburger, die ebenfalls umkamen, ohne mit Deportation, Gefängnis und KZ in Berührung gekommen zu sein und die dennoch zweifellos Resistenzler ersten Ranges waren. Hier ist vor allem an jene gedacht, die, mit der Waffe in der Hand, in den alliierten Armeen für uns kämpften. Und auch hier kann es nicht ihr Tod oder Nicht-Tod sein, der den Wert ihrer Taten bestimmt.

Es wären wohl noch andere Einzelgruppen in diesem Zusammenhang zu nennen. Herr Barbel aber scheint nur den vorerwähnten Teil zu kennen; jedenfalls spricht er von sonst niemandem. Und das, obwohl er in seinem bereits angesprochenen Hill-Zitat auch den Satz führt: «Ce serait duper l'enfant (et les peuples, la réd.) que de lui masquer la réalité.»

Kommen wir zu den Ausfällen gegen uns Zwangsrekrutierte.

«Bei Gelegenheit des von einer Gruppe von Luxemburgern umstrittenen deutschen Staatsbesuches war für Vorstand und Mitglieder der LPPD der folgende Satz... richtunggebend:

'Les délégués... s'affirment résolus à poursuivre leurs efforts pour la sauvegarde des intérêts du pays...»

So schön, ja grandios ein solcher Beschluß klingen mag, wenn man ihn so liest, so viel verliert er, wenn man weiß, daß unsere zuständigen Minister Werner und Thorn uns Zwangsrekrutierten in aller Öffentlichkeit vorwarfen, wir würden die Interessen unseres Landes gefährden, wenn wir beim Heinemann-Besuch demonstrieren würden. Mit anderen Worten: Die LPPD- und Regierungs-Argumente stimmen überein. Oder noch anders: Die LPPD-Leitung fügt sich recht untertänig den heute herrschenden Kreisen. Wie eigenartig klingt nun der Satz: «Wer wen eingeladen... war auch in diesem Falle nicht unser Problem!» Insbesondere dann, wenn es weiter heißt: «Wenn aber eingeladen und die Einladung angenommen ist, ist der Eingeladene der Gast unseres Landes, der, wie unter normalen Menschen, gastfreundlich empfangen werden soll.» Daß es, auch außerhalb der Reihen der Zwangsrekrutierten, Leute gab, die die Meinung vertraten, der Zeitpunkt einer deutschen Staatsvisite sei schlecht gewählt, d. h. daß es dazu noch zu früh sei, scheint H. Barbel nicht zu wissen oder nicht wissen zu wollen. Nun ja, es paßt halt nicht in sein Weltbild! Es paßt aber auch nicht in das Weltbild eines echten Resistenzlers, heute alles zu vergessen für was er damals gekämpft hat, für was damals so viel schwere Opfer gebracht wurden! Das vergißt H. Barbel weil eben heute (Wer wen, spielt dabei keine Rolle!) «eingeladen und die Einladung angenommen wurde!» Er vergißt es, um «gastfreundlich» zu sein, um nicht gegen den Willen der Regierung, also der etablierten Macht zu stehen.

Frage: Wer kann sich vorstellen, daß Leute mit einer solch untertänigen Mentalität gegen die vor 30 Jahren etablierte Macht einen Widerstand leisteten, wie er damals geleistet wurde? Können das die gleichen Menschen gewesen sein?

«Wir wollen eingeladene Gäste nicht während ihres Besuches beleidigen. Wir schämen uns, wenn andere es tun.»

Diese beiden Sätze scheint H. Barbel besonders wichtig zu nehmen, da er sie in Fettdruck bringen läßt. Sie seien daher von uns auch besonders beachtet. Dabei wollen wir nicht unterstellen, daß H. Barbel mit dem ersten Satz sagen wollte, daß man eingeladene Gäste nicht während ihres Besuches, wohl aber zu einem anderen Zeitpunkt beleidigen solle oder wolle. Wir muten Herrn Barbel keine solch hinterhältige Ausdrucksweise zu. Genau wie wir ihm nicht dreinreden wollen, für wen er sich schämen will. Dafür möchten wir aber gerne wissen, weshalb er sich für andere schämen will und was er in diesem Zusammenhang als Beleidigung ansieht.

Ist es eine Beleidigung, wenn man jemandem eine Wahrheit in Erinnerung ruft, auch wenn ihm dieselbe recht unangenehm ist? Muß man sich schämen, die Wahrheit zu sagen? Oder sollte man es nicht eher als Beleidigung ansehen, wenn man bewußt die Wahrheit nicht sagt?

«Fortwährende gegenseitige Beleidigungen und Demütigungen führen nicht zum Frieden.»

Fortwährende Unwahrheiten aber auch nicht, Herr Barbel!

Übrigens: Was heißt in diesem Fall «gegenseitig»?

Wenn Sie, H. Barbel, sich schämen, daß «andere» den «Gast unseres Landes» beleidigt haben, dann meinen Sie doch damit wohl uns, die Zwangsrekrutierten, nicht wahr? Wenn Sie unterstellen, daß unser Verhalten bei diesem Besuch eine Beleidigung war, dann unterstellen Sie mit Ihrem «gegenseitig», daß auch von der anderen, der deutschen Seite her sich jemand beleidigend benahm. Wen meinen Sie denn damit, H. Barbel? Vielleicht Hrn. Heinemann? Oder etwa die Verantwortlichen der Bundesrepublik oder die DDR, von denen Sie schreiben, daß es «das frühere Deutschland, das uns so grausam gepeinigt hat» war? Oder meinen Sie jene, die «augenblicklich in ihrer Gesamthaltung uns gegenüber Anerkennung des begangenen Unrechts, Ehrung der Opfer des Naziregimes, den Willen zur allmählichen Wiedergutmachung uns und allen alliierten Ländern gegenüber» zeigen? — Nun, die Anerkennung des begangenen Unrechts hörten wir bis dato nur in Worten; die Ehrung unserer Opfer des Naziregimes haben wir von deutscher Seite nie verlangt und wohl auch nicht nötig; und der Wille zur allmählichen Wiedergutmachung ist doch wohl kaum in dem wiederholten Bonner «Nein!» auf unsere berechtigten Forderungen zu erkennen gewesen. Ebenso wenig, wie er sich aus dem dauernden Verschanzen hinter dem Londoner Abkommen herauslesen läßt.

Wenn in diesem Fall die Rede von «Beleidigung» gehen kann, deren sich jemand zu schämen hätte, dann könnte dies nur von deutscher Seite her in Frage kommen. Denn von dieser Seite war ja unsere garantierte Neutralität und Unabhängigkeit «in Fetzen gerissen worden», wie Sie, H. Barbel, es auch jetzt noch in ihrer unvergeßbaren Grausamkeit sehr deutlich feststellen. Von dieser Seite kam auch das zwar in Worten positive, in Handlungen jedoch völlig negative Verhalten der heutigen Deutschen in bezug auf unsere legitimen Ansprüche.

Wenn das keine Beleidigungen an unsere Adresse sind, dann sind es jedenfalls auch keine Gründe, den Vertreter eines solchen Landes, mag seine eigene Person auch noch so integer sein, gerade durch das formal höchste Resistenzgremium unseres Landes, den CNR, und noch dazu in einer, bei Staatsbesuchen absolut nicht üblichen Weise, «willkommen in Luxemburg» zu heißen.

Und mindestens genau so unberechtigt ist es, die luxemburgischen Zwangsrekrutierten als «Beleidiger» zu bezeichnen, nur weil sie den Mut hatten, dem Vertreter eines immer noch schuldbeladenen Landes die Wahrheit in Erinnerung zu rufen. Wer es dennoch tut, hat wohl andere Gründe dafür als er angibt, nämlich

«... pour un monde pacifique plus juste et plus libre...» wirken zu wollen. Denn Gerechtigkeit und Freiheit auf ungetilgtes Unrecht aufzubauen, ist ein Unterfangen, das von vorneherein zum Scheitern verurteilt ist. Und das in keiner Weise dem Verhalten jener Männer entsprechen kann,

«SIE BOTEN TROTZ» von Henri Koch-Kent

Noch ist Henri Koch-Kent in allerbesten Erinnerung mit seinem Buch «10 mai 1940 en Luxembourg», das die Haltung der Luxemburger in den Tagen des Ueberfalls unsres Landes durch die deutsche Wehrmacht in das rechte Licht gerückt hat und das zu einem wahren Bestseller bei uns geworden ist, da läßt der Autor uns erneut aufhorchen durch sein neues Werk: «Sie boten Trotz». Wieder einmal hat er, allen Schwierigkeiten und Hindernissen zum trotz — und sie waren dieses Mal noch größer und zahlreicher als zuvor! — mit wirklichem Benediktinerfleiß Tatsachen um Tatsachen, Lebensläufe um Lebensläufe, Dokumente um Dokumente zusammengetragen, um der großen Ueberzahl unserer Landsleute Kenntnis zu geben von den gradezu abenteuerlichen, ungezählten und immer wieder lebensgefährlichen Erlebnissen, die eine Plejade von Luxemburger Resistenzler durchstehen mußten, um, wie es ihr Wille war, sich dem Zugriff der Nazis zu entziehen, nach England zu gelangen, und von dort aus gegen den Feind und Unterjocher der Heimat auf alliierter Seite aktiv in den Befreiungskampf einzugreifen.

Ungezählte Namen, von denen jeder ein Luxemburger Schicksal bedeutet, hinter denen gar oft, allzu oft das Kreuz des Nicht-Mehr-Seins steht, hat Henri Koch-Kent zusammengefügt zu einem keineswegs schönen, aber immer wahren Bild der damaligen Zustände. Diese vielen Einzelberichte, die sich in ihrer gegenseitigen Überschneidung selbst bezeugen, zeigen uns in schlichten Worten die ungeheuren, nicht vorstellbaren Schwierigkeiten, die diese meist jungen Menschen aller Schichten zu überwinden hatten, um ihr, von hohem Patriotismus gestecktes Ziel zu erreichen. Sie zeigen uns auf, wie schwer es war, nicht nur aus der besetzten, gemarterten Heimat zu entkommen, sondern auch welcher Mut, welche Energie, ja, welcher Starrsinn meistens dazu gehörte um sich durch Frankreich, Spanien und Portugal, oft auch durch die französische Fremdenlegion, diese Hölle in Nordafrika, durchzuschlagen, in der Regel nur auf sich allein angewiesen in einer fast stets feindlichen, todefeindlichen Umgebung. Denn die Fälle, da diesen Widerständlern offizielle Hilfe zuteil ward, sind rasch aufgezählt. Wenn schon Hilfe kam, dann sozusagen ausschließlich von privater Seite aus. Von London aus, wo unsre Exil-Regierung saß, kam kaum etwas derartiges.

Das Buch deckt aber auch manche Hintergründe über das Schicksal der Zwangsrekruti-

die während des Krieges dem Unterdrücker tapfer, aufrecht und kompromißlos entgegen-traten!

d. f.

tierten auf, indem es mit Dokumenten belegt, was die Exil-Regierung tat respektiv unterließ in Bezug auf die Befreiung aus den Kriegsgefangenenlagern, und das sowohl in Rußland (Tambow) als auch in den übrigen alliierten Ländern (etwa Nordafrika).

Und so wird denn dieses Buch, ohne Zutun des Autors oder seiner Quellen und Augenzeugen, einzig nur aus der nackten, nüchtern erzählten Wahrheit heraus, zu einer schwerwiegenden Anklage gegen unsere damaligen Minister, da sie vieles unterließen, was den Luxemburger Flüchtlingen viel Leid, oft den Tod hätte ersparen können. Dies ist umso beklagenswerter als dem Autor — wie schon bei seinem ersten Werk — der Zugang zu den offiziellen Dokumentarquellen ein weiteres Mal verwehrt wurde, mit dem Unterschiede, daß diese Verweigerung ein noch schlechteres Licht auf unsere zuständigen Stellen wirft, als je zuvor.

Eines aber muß gesagt werden: Henri Koch-Kent hat erneut den Schleier über einen Teil unserer Zeitgeschichte fortgezogen, der, aus welchen Gründen auch immer, unserem Volk Wesentliches verborgen hielt. Dafür sei dem Autor gedankt. Und die sichtbare Art des Dankes mag die Anschaffung dieses neuen Henri-Koch-Kent sein:

«SIE BOTEN TROTZ» Luxemburger im Freiheitskampf

Zu bestellen durch Ueberweisung von Fr. 600 auf das Konto des Verlegers Camille Hermann, CCP 27.960 Luxemburg.

ETABLISSEMENTS
Buchholtz & Ettinger
ESCH-ALZETTE Tél.: 54 32 10
11 et 18, rue de Luxembourg

Succursale à Pétange
14, rue de Luxembourg

Fers et Métaux — Quincaillerie
Outils pour menuisiers
Ferrements de meubles
Ferrements de Bâtiments

TRADITION PLUS QUE CENTENAIRE

18. GENERALVERSAMMLUNG DER L. L. M. I. G. 1940 - 1945

Eingeleitet wurde die Tagung, wie im Programm vorgesehen, mit einem «dépôt de fleurs» am Monument National, an welcher neben den Vorstandsmitgliedern und verschiedenen Mitglieder, Ehrenpräsident H. Guill Konsbruck und der Fahnenpate, H. Simonis teilnahmen. Ein Rundgang durch das Monument schloß sich der Zeremonie an.

Gegen 10,30 Uhr nahmen die Mitglieder, die sich inzwischen bei der Kirche von Bonneweg eingefunden hatten, an einem Gedenkgottesdienst teil, der von H. Pfarrer Henri Treff zelebriert und von H. J. Schmit, unserem Mitglied aus der Militärmusik, vortrefflich umrahmt wurde.

Anschließend war «Offene Tür» im Siège Social, wo die Mitglieder vom Vorstand eingeladen waren. Präsident René Mantz konnte in einer kurzen Begrüßungsansprache den Kameraden den Vereinssitz vorstellen und auf die Vorteile hinweisen, die sich aus dieser Anschaffung ergeben. Er bat die Anwesenden ihr Glas auf die Zukunft der L.L.M.I.G. zu erheben.

Ein gemeinsames Essen vereinigte die Mitglieder gegen 12,30 Uhr im Euro Parc zu Dommeldingen. Es muß hervorgehoben werden, daß alle Teilnehmer sich lobend auf das gebotene Essen äußerten, das dem Hause alle Ehre machte.

Gegen 14,30 Uhr, nachdem sich der Saal voll gefüllt hatte, schritt der LLMIG-Präsident zur Eröffnung der XVIII. Generalversammlung. Eingangs seiner Ansprache gedachte er der im Laufe des Berichtsjahres verstorbenen Mitglieder (20 an der Zahl darunter Vorstandsmitglied Alfred Witry und der Delegierte Henri Weber aus Echternach) sowie der Ehrenmitglieder. Er würdigte die Verdienste von Madame Lely Esch-Zinnen, Patin der LLMIG-Fahne und ihres vor Jahren verstorbenen Gatten, Joseph Esch. Eine Minute stillen Gedenkens wurde allen Verstorbenen gewidmet.

In seiner Begrüßungsansprache hieß der LLMIG-Präsident die Anwesenden und speziell die Ehrengäste, Madame Pfeffer-Carl, Patin und H. Dr. René Schroeder, Pate der LLMIG-Fahne, willkommen. Er entschuldigte Ehrenpräsident H. Guill. Konsbruck, der wegen anderer Verpflichtungen nur an den Vormittagsfeiern hatte teilnehmen können. Eine Reihe von Mitgliedern hatte sich ebenfalls entschuldigt. Anschließend wurde die Ehrung von 17 Mitgliedern vorgenommen, die seit 10 Jahren aktiv in der Ligue sind. Es wurde dabei vom Präsidenten darauf hingewiesen, daß es von großer Wichtigkeit sei, der LLMIG als Kriegsinvalide anzugehören. Als nächster Punkt figurierte die Ueberreichung eines Schecks in Höhe von 10.000,- Franken an die Ligue durch den Kameraden Charles Mersch, Gründungsmitglied unserer Vereinigung. Im Namen des bekannten Möbelhauses Mersch Frères aus Bonneweg, das vor kurzem

die Einweihung eines Ausstellungsraumes auf der Straße von Alzingen nach Frisingen einweihen konnte, stellte er diesen respektablen Beitrag zur Verfügung. Wir möchten an dieser Stelle und im Namen unserer Mitglieder herzlichst danken.

Hierauf las der Präsident das Telegramm vor das seitens der Versammlung an den Haut Protecteur der Ligue, S. A. R. den Großherzog gerichtet wurde. Es lautet wie folgt:

«A l'occasion de la XVIIIe assemblée générale de la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940-1945 le comité exécutif se fait l'interprète des 1.500 membres pour présenter à LL. AA. RR. Monseigneur le Grand-Duc, Haut Protecteur de la Ligue et à Madame la Grande-Duchesse, avec leurs sincères hommages, leurs plus fervents voeux de bonheur et de prospérité.»

Léon Renard, secr. — René Mantz, prés.

Die Antwort, die nachträglich einlief, möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten:

«De tout coeur nous vous remercions de votre aimable message présenté au nom du comité exécutif de la ligue luxembourgeoise des mutilés et invalides de guerre — nous formons tous nos voeux pour les membres de votre ligue.

joséphine-charlotte — jean

Nun begann die eigentliche Generalversammlung mit der Annahme des Berichtes der XVII. Generalversammlung vom 9. 12. 72 und dem Vortragen des «Rapport moral» durch den Präsidenten. Wir geben dazu den genauen Wortlaut der Ausführungen, die sich hauptsächlich auf das Gesetzprojekt betreff. frühzeitige Pensionierung beziehen.

Unter anderem kam er ausführlich auf das Gesetzesprojekt der Regierung zu sprechen, mit dem die Möglichkeit gegeben werden soll, (inzwischen ist das Projekt von den Abgeordneten gestimmt worden und zum Gesetz avanciert) die es dem Staat erlaubt den Kriegsoptern einen Pensions- oder Rentenzuschuß zu gewähren im Fall frühzeitiger Invalidität oder frühem Tode. Nachdem der Präsident das Regierungsprojekt analysiert und die zufriedenstellenden Punkte erläutert hatte, stellte er fest, daß trotz alledem das vorliegende Projekt nicht den Wünschen der Kriegsinvaliden entsprechen würde. Eine Diskussion hierüber finde anschließend an den Bericht des Sekretärs statt.

Léon Renard

LLMIG-Sekretär, gab zu Beginn seiner Ausführungen die Namen der im Berichtjahr Verstorbenen bekannt.

a) Ehrenmitglieder : 10 an der Zahl

M. Dr. Auguste Wagner, Luxembourg; M. Eugène Faber, Luxembourg; M. Dr. René Miller, Wiltz; M.

Emile Reuter, Luxembourg; M. Dr. Léon Delvaux, Luxembourg; M. Dr. Théo Anen, Echternach; M. Dr. Jos Molitor, Luxembourg; M. J. P. Deblir, Mamer; M. Dr. Maurice Wilwert, Luxembourg; Mme Esch-Zinnen Lély, Luxembourg.

b) Aktive Mitglieder : 20 an der Zahl

M. Jean-P. Alff, Esch-Alz.; M. Jean Barbier, Diekirch; M. Joseph Conter, Welfrange; M. Jean Ecker, Crauthem; M. J. P. Emeringer, Esch-Alz.; M. Clement Fanchini, Luxembourg; M. Joseph Harpes, Luxembourg; M. Henri Kuhn, Belvaux; M. Nicolas Knaff, Luxembourg; M. J. P. Kremer, Bergem; M. Hubert Meunier, Niedercorn; M. Constant Reuter, Bertrange; M. Mathias Schanck, Hamiville; M. Jean Schmit, Ettelbruck; M. Nicolas Seimetz, Luxembourg; M. Norbert Steffes, Luxembourg; M. Henri Weber, Echternach; M. Alfred Witry, Osweiler; M. Jean Wolff, Luxembourg; Mme Pierre Scheer, Niedercorn.

Anschließend gab der Sekretär Einzelheiten zur Aktivität des Vorstandes bekannt.

«Zönnter der leschter Generalversammlung, déi den 9. 12. 72 zu Letzeburg am Walsheim wor, ass de comité fir 25 Sätzungen zesummegegeruff gin. Un déne 25 Sätzungen hun Déi geholl :

Bichler Jean, 11 mol; Didier René, 24 mol; Diederich Aloyse, 21 mol; Mantz René, 24 mol; Renard Léon, 24 mol; Steffen Paul, 23 mol; Stein Norbert, 20 mol; Thill Jean, 14 mol; Wiltgen Léon, 24 mol; Wolff J. P., 17 mol.

Während dem Geschäftsjo'er 1972-1973 huet sech d'Sekretariat vun der LLMIG mat 1857 Bréifen befaasst, an zwar sinn dovunnen 624 zougangenen an 1233 beäntwert, respectiv verscheckt gin. De Bulletin d'Information vun der LLMIG ass an dem Jo'er mat 6 Nummern op 72 Seiten erauskomm.

De Sätz vun der Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940 - 1945 ass elo définitiv zu Letzeburg/Bouneweg, an der Résidence Jean-Charles, 5, rue du Cimetière. Un dëss Adress ass och an Zoukonft all Correspondenz ze schecken.

A Präsenz vun den héchsten Perséinlechkeeten aus dem Land, enner anerem: Hir Altessen dem Grand-Duc Jean, der Grande-Duchesse Josephine-Charlotte, dem Président vun der Regierung, den Här Pierre Werner, dem Vice-Président, dem Här Eugène Schaus, dem Staatssekretär Emile Krieps, dem Bischof, dem Här Bollenndorf, als Vertrieeder vun der Gemeng Letzeburg, onsem E'er-Président, dem Här Guill. Konsbrück, den Dammen Esch-Zinnen, Pfeffer-Carl, den Hären Paul Simonis, René Schroeder, Gédelen respectiv Pätter vum LLMIG-Fuendel, sowéi am Beisein vu Vertrieeder vun der Oeuvre Grande-Duchesse Charlotte, dem Conseil National de la Résistance, der Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force, der Ami-

cale des Anciens Combattants, ass den Siège vun der LLMIG den 9. Februar 1973 ageweih ginn.

Den 11. Mé an den 6. Juli 1973 haate mer Vertrieeder vun den auslänneschen an inlänneschen patriotischen Organisatiounen, de' hire Sätz hei am Land hun, sowéi Perséinlechkeeten, déi onser Ligue am Laaf vun de Jo'eren wertvoll Dengschter geléscht haaten (ennert anerem, Belegschaft vum Dommages de Guerre) an onsen Siège invitéiert. Alleguerten woren se vun der Opmaachung begéschtert an hun d'Ligue félicitéiert. Ett huet esoguer é gesoot, d'Ligue hätt sech matt deser Uschaaffung é Monument opgericht. De Komerod Emile Krieps, Président vun den Anciens Combattants, huet an enger Usprooch festgehaalen, d'Ligue wär déi éischt Organisatioun, déi ett ferdig bruecht hätt, all letzeburgisch patriotesch Organisatiounen an engem Sall ze verénigen. Aus all déne Rie'den hu mer gesinn, datt d'Uschaaffung vum LLMIG-Siège vun alle Seiten gudd opgeholl an opprouvéiert ginn ass.

Den Service-Social, dé mer eise Memberen versprach haaten, ass den 21. Oktober offiziell opgaangen. Déi Dég an Stonnen, wou Comitées-Memberen am Siège ze erréchen sinn, dat ass Freides, vun 7 bis 9 Auer Owes, an Sonndeg murges, vun 9 bis 12 Auer, wéi am Bulletin d'Information No 5/1973 publizéiert. Leider hun d'Araber eise Plang op d'Kopp geworf, elo w' mer Sonndes nétt me' mam Auto fuehren dürfen, faalen déi Stonnen vu Sonndes eweg, soudatt mer eis matt dénen vu Freides begnügen müssen. Vill vun onse Memberen hu schon vum Service-Social LLMIG profitéiert, hir Saachen goufen opgeholl an sinn weider verschafft ginn. De Résultat werd och nétt ausbleiwen. 80 Nei-Memberen sinn dëst Jo'er der Ligue beigetratt. Dat sinn 80 verschidde Fäll, déi separat musse verschafft ginn. Außer dese Fäll huet de Comité och nach vill Demanden vun onsen activ-memberen ze erlédigen. Dobei handelt et sech hauptsächlich em Aggravatiounen, Demanden fir eng Kur, Steiergeschichten a. s. w. All déi Fäll musse verschafft gin, an daat hëllt Zeit an Usproch. Ech wëll domatten nétt soen datt, wann der é perséinleche Fall hut, der lech nétt sollt un den Service-Social vun der Ligue adresséieren. Nén, am Géigendél, mir si frouh, wann der kommt, mais meld lech un a beschreiwit a kurze Wiéder Aert Uleies op der Umeldong. Da kann de Comité sech virbereden an mer gewannen Zeit. Also nach eng Kéier, éier der am Service-Social virstellig gidd, meld lech un, der erlichtert domatten dem Comité d'Arbecht.

Déi statutaesch virgesinn Versammlung vun den LLMIG-Delegéierten wor den 4. 11. 1973 am Siège. Vu 36 Delegéierten woren der 22 présent. Ett wor eng ganz interessant Versammlung. Haapthéma wor natirlech de Projet de loi iwert eng «fre'zzeiteg Pensionnierungsméiglechkeet». Ons Delegéiert hun och démentsprechend d'Résolutioun redigéiert, déi an all Zeitong publizéiert gouw.

Den Text vun der Résolutioun ass dé folgenden :

«Les délégués de la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940 - 1945,

— réunis à Luxembourg, le 4 novembre 1973,

— après avoir entendu le comité exécutif dans son rapport d'activité et notamment au sujet du projet de loi portant fixation du supplément de pension à allouer aux victimes de guerre ou à leurs ayants droit en cas d'invalidité ou de décès précoces,

— renouvellent leur confiance au comité et lui recommandent d'intervenir auprès des autorités compétentes pour demander l'extension des dispositions prévues au projet de loi mentionné

a) aux mutilés et invalides victimes accidentelles de la guerre et de l'occupation

b) aux compatriotes qui ont posé des actes de résistance reconnus,

— de revendiquer l'abolition pure et simple de l'article 6a du projet de loi mentionné,

— de réclamer l'application de la computation double des années de guerre à tous les groupes mentionnés dans le projet de loi en question,

— prient la XVIIIe Assemblée Générale de la Ligue de confirmer le comité dans ses efforts pour la réalisation de ces revendications et de se solidariser avec toute organisation patriotique vers un but commun.»

Waat ons Memberen am allgemeinen ubetreff, do hu mer errécht datt vum 1. Januar 1973 un, eng Krichsschuederent matt enger aaner Rent ka cumuléiert ginn. Dëst betrëfft ons Memberen déi am Privatbeamten- wéi am Arbechterverhältnis stongen a fréihzzeiteg hir Pensioun hu missen huelen.

Ons Interventioun bei den zoustännigen Instanzen, zu Gonschten vun de Wittfraen, déi matt engem Krichsinvalid bestuet woren, déi opgrond vun hirer Invaliditéit nom Krich keng Arbecht konnten ophuelen (also déi a keng Pensiounskés bezuelt hun) ass 100% erfëllt ginn.

Op Interventioun vun der Ligue sinn och d'Entschädigungen, waat den «Usure des vêtements» ubetreff, gehéigt ginn, an zwar rétroactiv op den 1. Januar 1972.

E'er T.V.A. bestaanen huet, kruten déi, déi en Auto gebraucht hun fir sech ze déplacéieren, Taxen an der Hégt vun 10% nogeloss. Bei der T.V.A. ass daat net de Fall. Mir hun schréftlech bei den zoustännigen Instanzen intervenéiert, leider émsoss. Mir kruten eng négativ Aentwert. Wann awer én beim Ukaaf vun engem neien auto extra Onkäschten huet, zum Beispill bei Bénampatéierten, déi en Auto matt enger automatischer Kupplung mussen hun, dës Onkäschten kritt en ersaat, an zwar op eng Demande hin, vum Dommages de Guerre. Dëser Demande muss déi bezuelten Rechnung vun der Automatik beileien.

E Problém, dén eis vill beschäftegt huet, ass dén vun enger fréihzzeiteger Pensionnierungsméiglechkeet oni Perte. Daat hësch matt voller Pensioun fir all Victimen vum Zwéiten Weltkrich, wann se obémol an der Laag sinn, wou se nétt méi kenne schaffe gohen. Nodém mer eng Entrevue matt den Hären Conseillers Welter a Reiffers haaten, déi den Avant-Projet vun dësem Gesetz ausgeschafft hun, si mer och vum Här Staatsminister Pierre Werner empfaange ginn. Hinnen hu mer eis Revendicatiounen virbruecht an erklärt, wéi d'LLMIG sech eng fréihzzeiteg Pensionnierung virstellt. De Projet de loi ass elo ausgeschafft a brauch nëmme méi virun d'Chamber ze kommen. Fir datt awer déi ganz Saach elo nétt iwert déi laang Bänk soll geschléft ginn, hu mer eng Entrevue beim Chamber-Président, dem Här Grégoire ugefrot. Dës Entrevue huet den 10. Dézember stattfond, also de leschte Méndeg. Op eis Interventioun hin huet den Här Grégoire eis versprach, fir d'Saach virunzedriewen, eng Spézialcommissioun fir dese Projet ze ernennen. Waat och prompt geschitt ass, wéi der de leschte Mëttwoch an der Zeitung liése konnt. Nom Här Grégoire senger Berechnung wär de Projet ufangs Februar virun der Chamber. Dann hun ons Hären Députéierten d'Wuért. Un hinnen leit ett dann och, ob dëst Gesetz nach virun de Wahlen a Kraft trëtt. Daat sinn déi lescht Nouvelen, déi mer lech kenne ginn, waat de Problém vun der fréihzzeiteger Pensionnierung ugéht.

Nach dem Aufzählen der nationalen und internationalen Manifestationen (rund 40 an der Zahl) ging der LLMIG-Sekretär noch im einzelnen auf den mit der Sektion Brabant der belgischen Kriegsinvalidenföderation abgeschlossenen Freundschaftspakt ein und verlas den Text der «Charte d'Amitié» die am 13. Oktober unterschrieben wurde.

Er dankte abschließend den Kameraden des Vorstandes, insbesondere dem LLMIG-Präsidenten und den beiden porte-drapeaux.

Präsident René Mantz sprach dem Sekretär Léon Renard den Dank der Vereinigung aus, und leitete die Diskussion der Résolution ein.

Nach Aenderungen, die von den Kameraden André Frisch und Paul Meyer vorgebracht wurden, und die durch Interventionen einiger anderer Sprecher erlättert wurden, nahm die Versammlung den folgenden Text an :

«Les membres de la Ligue Luxembourgeoise des Mutilés et Invalides de Guerre 1940 - 1945

réunis à Luxembourg-Dommeldange le 15 décembre 1973 lors de la XVIIIe Assemblée Générale,

après avoir entendu le Comité exécutif dans son rapport d'activité et notamment au sujet du projet de loi portant fixation du supplément de pension à allouer aux victimes de guerre ou à leurs ayants droit en cas d'invalidité ou de décès précoces,

renouvellent leur confiance au Comité,

confirment la résolution présentée par les délégués et

recommandent au Comité d'intervenir auprès des autorités compétentes

- 1) pour demander l'extension des dispositions prévues au projet de loi mentionné
 - a) aux mutilés et invalides victimes accidentelles et de l'occupation,
 - b) aux compatriotes qui ont posé des actes de résistance reconnus,
- 2) pour réclamer l'application de la computation double des années de guerre à tous les

groupes mentionnés à l'article 14 de la loi du 25 février 1967

- 3) pour réaliser la suspension pure et simple de l'article 6a du projet de loi du gouvernement,

chargent le Comité de la Ligue de concentrer ses travaux dans un effort commun avec toute autre organisation patriotique pour aboutir sans retard à un résultat concret sur ce plan.»

(Schluß im nächsten Heft)

A V I S

Les dirigeants des sections locales sont invités à désigner d'ores et déjà leurs délégués qui assisteront au congrès national, dimanche, le 12 mai 1974 au centre culturel de Luxembourg-Hollerich. Ces assises seront d'une importance capitale, car nous tournerons les pages du passé et nous envisagerons résolument l'avenir !

Sche'nst Schong
Gre'sst Wiel
Bölleg Preisser

beim

GILLY

LETZEBURG, UM KRAUTMART

WMF Kaffee-Maschinen
CIMBALI Espresso
GASTRONOM Geschirrspül-
maschinen

für Großküchen, Restaurants,
Cafés, Bars

Direkt-Import - Kundendienst

Josy Juckem Luxembourg

60-62, rue de Strasbourg - Tél. 48 46 33

Polstermiwel en gros

Nous sommes spécialisés en

MEUBLES de SALON

Seulement le spécialiste peut vous offrir
les meilleures conditions

J. Weirich

D U D E L A N G E

40, avenue G.D. Charlotte - Tél 511717

Importation directes des plus beaux modèles —
dans tous les styles — à tous les prix — choix
immense — des prix réellement de gros (jusqu'à
30 % de remise).

Visitez sans engagement nos salles d'exposition

POUR VOS CHAUSSURES:
UNE SEULE ADRESSE:

Chaussures Margot

Propriétaire: **THOSS-JACOBS**

ESCH-SUR-ALZETTE

22, avenue de la Gare - Tél.: 532 68

N'oubliez pas de renouveler votre
abonnement au bulletin

«Les SACRIFIES»